



LUDWIG
ERHARD
STIFTUNG

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2018

Dokumentation

Inhalt

<i>Roland Tichy</i>	Begrüßung	5
<i>Ursula Heinen-Esser</i>	Festrede	11
<i>Dorothea Siems</i>	Laudationes	19
<i>Zanny Minton Beddoes</i>	Ansprache der Preisträgerin	30
<i>Peter Rásonyi</i>	Ansprache des Preisträgers	40
<i>Roland Tichy</i>	Schlusswort	48

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik	50
Vier Jahrzehnte Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik	54
Die Ludwig-Erhard-Stiftung	55

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik 2018

Redaktion: Andreas Schirmer

Fotos: Dirk Hasskarl

Satz und Druck: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

Am 10. Oktober 2018 wurde der diesjährige Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik im Rahmen einer Festveranstaltung in Berlin an *Zanny Minton Beddoes*, Chefredakteurin The Economist, und *Dr. Peter Rásonyi*, Leiter der Auslandsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung, verliehen.

Die Förderpreise gingen an *Patricius Mayer*, Redakteur des Bayerischen Rundfunks, an *Daniel Sprenger*, Auto des Norddeutschen Rundfunks, sowie an *Christian Wermke*, Redakteur des Handelsblatts.

Die Laudationes auf die Preisträger sprach *Dr. Dorothea Siems*, Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik.

Die Preisverleihung fand im Atrium der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in Berlin statt.



■ Begrüßung

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Sehr verehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich im Namen der Stiftung zur Verleihung des diesjährigen Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik. Ich begrüße ganz besonders unsere Preisträger: *Zanny Minton Beddoes*, Chefredakteurin der britischen Wochenzeitung *The Economist*, und *Dr. Peter Rásonyi*, Leiter der Auslandsredaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“, sowie unsere Förderpreisträger *Patricius Mayer*, *Daniel Sprenger* und *Christian Wermke*.

Ich freue mich, dass *Dr. Dorothea Siems*, die Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik der „Welt“, die Laudationes hält. Von der unabhängigen Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik darf ich des Weiteren *Heike Göbel* begrüßen sowie *Dr. Isabel Mühlfenzl*, die auch Ehrenmitglied der Stiftung ist. Ich freue mich besonders, dass *Rainer Brüderle*, unser Bundeswirtschaftsminister a. D., heute bei uns ist. Nicht zuletzt ein herzliches Willkommen an *Michael von Foerster* vom Verband der Deutschen Rauchtobakindustrie, der uns freundlicherweise die Preistrophäen zur Verfügung stellt.

Leider nicht begrüßen kann ich unsere Festrednerin: Landesministerin *Ursula Heinen-Esser*, die auch Mitglied im Vorstand unserer Stiftung ist, ist mit einer

Grippe ans Bett gefesselt – unsere besten Grüße und Genesungswünsche gehen zu ihr.

Meine Damen und Herren, wir verleihen heute einen Preis für die Ausarbeitung ordnungspolitischer Leitlinien. Was immer die Politik macht: Wir sind die mahnende Stimme und prüfen, ob Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik so ausgestaltet sind, dass sie Wohlstand und Freiheit schaffen. Da muss man – ein Jahr nach der Bundestagswahl – in diesem Jahr schon mal eine Art Zwischenbilanz ziehen. Wir wissen: Was bis jetzt nicht angepackt wurde, wird auch bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr in Gang gesetzt – wann immer das Ende der Legislaturperiode sein wird.

Dazu haben wir einige Punkte zusammengetragen. Der erste natürlich: die öffentlichen Haushalte. Früher war der Finanzminister der unbeliebteste Mensch im Kabinett. Das war derjenige, der immer alle Pläne kaputt gemacht hat, der die Kohle zusammengehalten hat, der gesagt hat: Es geht nicht! Sie erinnern sich vielleicht an die Sparschweine von *Hans Eichel*. Heute könnte man statt der Sparschweine eine Gans auf den Tisch stellen – nämlich die Gans, die goldene Eier legt. Das sind wir Bürger.

„ Wir wissen: Was bis jetzt nicht angepackt wurde, wird auch bis zum Ende der Legislaturperiode nicht mehr in Gang gesetzt – wann immer das Ende der Legislaturperiode sein wird.“

Wir haben unbestritten einen grandiosen Haushalt ohne neue Schulden, aber es ist auch ein Etat, der sich seit der Zeit vor der Finanzkrise bis heute um 50 Prozent erhöht hat. Wir reden über ungeplante Überschüsse im Haushalt zwischen 30 und 50 Milliarden Euro im Jahr. Der Bundesfinanzminister ist deshalb ein feiner Kerl, und selbstverständlich ist er auf einmal sehr beliebt. Die Frage lautet jetzt: Was machen wir mit dem vielen Geld? Ich stelle mir aber dagegen die simple Frage: Wo ist das Geld geblieben?

Wenn man genau hinschaut, haben wir ein Wirtschaftswachstum von unter zwei Prozent, aber Abgaben und Steuereinnahmen steigen um über vier Prozent. Wir haben hier ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft und den Staatseinnahmen. Dennoch findet eines nicht statt: Steuersenkungen.

Eigentlich möchte man ja meinen, da ist jetzt Geld in der Tasche, aber davon spricht man nicht so gern. Selbst der Soli erhält nur einen neuen Anstrich, aber das Geld – der Bimbes, wie *Helmut Kohl* gesagt hätte – bleibt weg. Also keine Entlastung, und es ist natürlich eine Politik, die von staatlicher Ausdehnung lebt, von fiskalischer

Verfettung und von der Lähmung wirtschaftlicher Aktivität und bürgerlicher Freiheit. Denn über das, was der Staat für sich in Anspruch nimmt, können wir Bürger nicht verfügen.

Wie Sie wissen, gibt es das sogenannte Rentenpaket I. Ich möchte Sie nicht mit Rentenbeitragspunkten, Ost-/West-Bemessungsgrenzen sowie deren Entwicklungen belasten. Jedenfalls wird der Beitrag bis Mitte des nächsten Jahrzehnts von 18,6 Prozent auf höchstens 20 Prozent steigen. Das ist eine ungeheure Summe: Immerhin wird der Bund seinen Rentenzuschuss für vier Jahre jeweils um 500 Millionen Euro aufstocken. Wenn man diese Beträge hört und weiß, dass heute bereits 94 Milliarden Euro für die Rente im Haushaltsplan vorgesehen sind, dann weiß man auch, dass die anvisierten 500 Millionen Euro angesichts der 94 Milliarden Euro nur der Rechenfehler hinterm Komma sind, der für die Zukunft zurückgelegt wird. Der Zuschuss von 94 Milliarden Euro wird steigen, und ich glaube, uns ist nicht klar, dass wir dabei sind, das System der sozialen Sicherung zu zerstören.

Wir hatten mal eine Zeit, in der Beiträge die Alters- und andere Sozialversicherungssysteme finanzieren sollten – und nicht Steuern. De facto steuern wir auf eine Staatsrente zu, und das ist ordnungspolitisch bedenklich. Besonders schlimm ist – und man mag es gar nicht mehr sagen –, dass die Aspekte der Demographie unberücksichtigt bleiben. Wir werden alle älter – eine wunderbare Sache –, wir beziehen vielleicht in Zukunft länger Rente als jemals unsere Arbeitszeit sein wird. Das ist schwierig zu rechnen, aber darüber reden wir nicht. Eine Politik, die von der Hand in den Mund lebt, will das gar nicht wissen, denn das stört nur den Frieden.

Kleiner Nebenaspekt: Es ist ja nicht nur so, dass die Rentner länger leben und mehr Geld bekommen, was mich übrigens freut. Denn natürlich bin ich aus idealistischer Sicht kein Gegner der Mütterrente. Aber in Berlin ist es gefährlich, davon zu reden, dass wir von einem nicht reden, nämlich von Beamtenpensionen. Das ist zwar ein anderes Thema, aber leider werden sich auch dafür die Aufwendungen in den nächsten Jahren auf weit über 100 Milliarden Euro vervierfachen – nur vergessen wir das leider. Höhere Renten jedenfalls, so sagt uns der glückliche Finanzminister mit strahlendem Gesicht, sollen einen deutschen *Trump* verhindern. Das ist Politik!

Kommen wir zu einem weiteren Thema: Wohnungsbau. Da hat kürzlich ein Gipfel stattgefunden. Politik lebt ja jetzt von Verbände-Vertretern, Gewerkschaften, vom Mieterbund. Also macht man ein Eckpunktepapier – Wohnungen werden so natürlich nicht gebaut. Angekündigt ist ein Riesenpaket mit vielen, vielen Einzelpunkten. Ich kann sie mir gar nicht alle merken: Baukindergeld, Sonderabschreibungen, Mietwohnungsbau, Ankurbelung des sozialen Wohnungsbaus, Bauvorschriften und so weiter. Das Ziel all dessen: 1,5 Millionen Wohnungen bis 2021 sollen die Wohnsituation verbessern. Das ist ein Hoffnungswert.

Dann wundert man sich und stellt fest: Die Wohnungen, die jetzt allmählich fertig und bezogen werden, wurden bereits 2013/2014 konzipiert und geplant. Doch diese Neubauten wirken sich nicht auf die Tatsache aus, dass mit den Flüchtlingen und dem Familiennachzug mit Bleibeberechtigung sowie der Zuwanderung aus Osteuropa im Rahmen der EU – dass mit diesen verschiedenen Zuwanderungsformen vermutlich rund drei Millionen zusätzliche Menschen seit 2015 in Deutschland leben. Das wären die Einwohner einer Stadt ungefähr so groß wie Berlin. Die Frage, die wir uns stellen: Haben wir seit 2015 Berlin neu gebaut? Nein, das haben wir nicht! Und dann wundern wir uns, dass Wohnungen knapp sind.

„ Wenn man genau hinschaut, haben wir ein Wirtschaftswachstum von unter zwei Prozent, aber Abgaben und Steuereinnahmen steigen um über vier Prozent – ein eklatantes Missverhältnis zwischen der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungskraft und den Staatseinnahmen. Dennoch findet eines nicht statt: Steuersenkungen.“

Dazu kommen weitere Bewegungen, zum Beispiel Zuzüge in die Metropol-Regionen. Da will jeder hin, und keiner will mehr auf dem Land leben. Staatliche Wohnungsbaugesellschaften sagen: Der Bau einer Wohnung dauert mindestens drei Jahre – wenn man das Grundstück schon hat. Na dann: viel Vergnügen! Also ist doch die Frage: Warum reden wir über einen Mietstopp? Wäre es nicht besser, Reformen durchzuführen, um Bauland leichter zu erschließen und billiger bauen zu können? Und nicht, darüber zu weinen, dass die Mietpreisbremse nicht funktioniert – woraus bei uns die Schlussfolgerung gezogen wird, man müsse sie stärker anziehen. *Ludwig Erhard* – für den diese Art von Wohnungsnot 1948/1949/1950 Peanuts gewesen wären – fiele vor Lachen vermutlich die Zigarre auf den Boden.

Ähnlich ist es mit der Energiewende und der Umweltpolitik. Eine Kohlekommission soll den Ausstieg aus der Kohleindustrie vorbereiten. Spannender ist die zweite Aufgabenstellung für die 31-köpfige Beratungsgruppe: Sie soll Perspektiven für die Schaffung von Arbeitsplätzen für die betroffenen Regionen erarbeiten. Da sind wir aber gespannt, welche Arbeitsplätze die Politik in der Lausitz oder westlich von Köln schafft. Bis jetzt habe ich nur gehört, dass man dort ein paar Behörden gründen will. Das ist natürlich eine Maßnahme der Wirtschaftssteigerung und der Wohlstandsfabrikation: Behörden, ein paar Eisenbahnen dazu bauen und im Übrigen subventionierte Batteriefabriken errichten. Batterien zu bauen ist aber weder Kunst noch Hightech, und die Frage ist: Wenn Unternehmen sich weigern, Batterien zu bauen, warum muss es dann der Staat übernehmen?

Die frühere Steinkohlesubvention, für deren Abschaffung wir mindestens 20 Jahre gebraucht haben, bauen wir in der Braunkohleindustrie jetzt in Batteriesubventionen um. Das ist eine wunderbare Idee. Im Bundeswirtschaftsministerium – da

freue ich mich selbstverständlich – hängen Bilder von *Ludwig Erhard*. Aber sein Geist, lieber Herr *Brüderle*, der wirkt dort längst nicht mehr.

Bei den erneuerbaren Energieträgern kann man ohnehin nicht von Marktwirtschaft sprechen. Der Netzausbau hält nicht mit, die Klimaziele 2020 werden verfehlt, obwohl wir doch um die 25 Milliarden Euro jährlich da investieren. Und über dem Ganzen schwebt dann noch „Dieselgate“, bei dem wir auch nicht so recht wissen, wie das weitergeht. Autohersteller werden jetzt staatlicherseits ermutigt, Rabatte auszuloben. Eine schöne Sache, das haben wir bisher auch schon gemacht.

Wer sein Auto nicht wechseln kann oder will, der darf Hardware nachrüsten. Wann die kommt, wie das geht, das weiß kein Mensch, und die Autoindustrie wird es natürlich nicht bezahlen. Die Bundesregierung „erwartet, dass sie die Kosten dafür trägt“. Das ist in vielerlei Hinsicht ärgerlich. Da geht es nicht nur um Geld. Immerhin haben die Kunden Autos gekauft, die ordnungsgemäß waren und genehmigt wurden. Jetzt erleben sie, dass bestehende Betriebsgenehmigungen plötzlich nicht mehr gelten. Da kann ich nur sagen: Willkommen! Die Industriebetriebe erleben das schon lange: Unter dem Druck der Straße oder wegen einer Fledermaus werden Betriebsgenehmigungen widerrufen. Bei den Industrieunternehmen handelt es sich jeweils um Millionen, manchmal sogar um Milliardenbeträge. Ein Auto, das verbilligt nach Süd- oder Osteuropa exportiert werden muss, richtet beim privaten Haushalt einen Schaden in vergleichbarer Größenordnung an. Und der Stickoxidausstoß bleibt in Italien oder in Spanien oder in Polen genauso problematisch wie bei uns. Das ist also eine wunderbare Methode: Der Staat wird zum Investitionshemmnis, weil es stabile und rechtliche Rahmenbedingungen – Voraussetzung für langfristige Investitionen und Wohlstand – nicht mehr gibt.

Und so stolpern wir vor uns hin. Aber ich möchte natürlich nicht nur pessimistisch sein. Neben den großen Politikfeldern gibt es sehr erfolgreiche, die ich unbedingt benennen muss: das Gute-Kita-Gesetz, durch das die Betreuung von Kindern besser und kostengünstiger werden soll. Teilzeitkräfte haben einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit. Die Bundeswehr wird modernisiert. Sie kann zwar nicht fliegen, nicht tauchen, nicht fahren und schon gar nicht schießen – aber wir werden das schon irgendwie hinkriegen. Natürlich weiß die Regierung mittlerweile, dass wir bei der Digitalisierung hinterherhinken, und wir werden das ändern. Wenn Sie in Zukunft einen Arzt besuchen wollen und Terminvergabeprobleme haben – keine Sorge! Die Bundesregierung kümmert sich um den Arzttermin. Und wenn die Trockenheit Ernteerträge schrumpfen lässt – der Staat wird helfen.

So entwickelt sich der Staat zu einer Agentur für Ernte, für Terminvergabe, und selbstverständlich haben wir eine Milliarde Euro übrig für eine „Agentur für Sprunginnovation“. Da sollen künftig deutsche Supererfinder – Menschen wie *Elon Musk* oder *Mark Zuckerberg* – in einer Bürokratie antanzen und sich Mittel besorgen, die dann von dieser „Sprungagentur“ verteilt werden. Und natürlich – ich habe mir die Vorschriften angeschaut – müssen diese Zukunftsinvestitionen schon im Stadium

vor ihrer Zeugung nachweisen, dass sie absolut nachhaltig sind, gendergerecht, nicht mit Atom und Genen hantieren, sozialverträglich, Arbeitsplätze schaffen und das Weltklima positiv beeinflussen. Man ahnt, das wird sehr viel Bürokratie mit sehr wenig Effekt sein. Ich warte und bestehe darauf, diese Botschaft dem Wirtschaftsministerium zuzurufen: Wir erwarten jetzt auch die Gründung eines Bundesamtes für Soziale Marktwirtschaft!

„ So entwickelt sich der Staat zu einer Agentur für Ernte, für Terminvergabe, und selbstverständlich haben wir eine Milliarde Euro übrig für eine »Agentur für Sprunginnovation«. “

Es ist diese Kleinteiligkeit, in der wir uns verfangen. Es sind die Kommissionen, die wir einrichten. Wenn diese Kommissionen auf die Idee kommen, beispielsweise einer Mietpreisbremse zu widersprechen, dann meiern wir sie ab. Wirtschaftspolitik im Sinne *Ludwig Erhards* ist das nicht. Aber wir leben ja in einer Welt, in der wir uns dynamisch entwickeln, ohne Blick auf die Zukunft. Es geht uns gut, und so soll es bleiben. In der Präambel des Koalitionsvertrages heißt es, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handlungsfähigkeit der Politik sei wieder zu stärken, den Glauben an die Handlungsfähigkeit der Politik. Da kann ich nur sagen: Darauf warten wir. Fangt endlich an! ■

■ Festrede

Ursula Heinen-Esser

*Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das Verhältnis zwischen Politik und Medien ist ein Thema, das gerade in jüngster Zeit viel Aufmerksamkeit erfahren hat. In einer Demokratie wird die Öffentlichkeit, vertreten durch die Medien, gerne als vierte Säule zur Kontrolle des politischen Systems dargestellt. Folgt man dieser Idee, wird klar, dass Politik und Medien verschiedene Plätze einnehmen müssen, wobei sie aber nicht weit entfernt voneinander stehen sollten: „Auf Sicht- und Rufweite“ könnte man vielleicht sagen – aber eben nicht am selben Ort.



Diese notwendige deutlich sichtbare Distanz zwischen Politik und Medien ist zwingend nötig, wobei sich beide gleichzeitig nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wenn es keine Medien gäbe, wäre Politik schlecht in die Öffentlichkeit und zu den Bürgern und Wählern zu transportieren. Wenn sich aber Politik und Medien vermischen und womöglich gemeinsame Sache machen, so fehlt der Politik das Korrektiv. Medien sind dann weder unabhängig noch neutral, zwei Attribute, die wir in unserer Demokratie – sicherlich unbestritten und parteiübergreifend – mit einer funktionstüchtigen Presse verbinden.

Fehlende Unabhängigkeit und Neutralität liegen aber nicht nur dort vor, wo Parteien und Medien sich nahe stehen oder direkter politischer Einfluss ausgeübt wird, wie es beispielsweise in der Türkei der Fall ist. Angesichts der Terroranschläge vom 11. September 2001 übten sich die Medien in den USA in Zurückhaltung, was die kritische Berichterstattung zu der darauf folgenden Antiterrorgesetzgebung anging. Nicht wenige Beobachter der amerikanischen Medienlandschaft sind heute der Meinung, dass dadurch die Akzeptanz des Einmarsches in den Irak im Jahr 2003 deutlich erhöht wurde. Das Ansehen eines ganzen Berufsstandes wurde in den USA für eine lange Zeit erschüttert, weil Journalisten es nicht nur versäumt hätten, kritisch nachzufragen, sondern in Teilen die Argumentation der Bush-Regierung unreflektiert übernahmen.

Die Politik braucht ehrliche und mutige Medien!

Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass die Medien die richtigen Fragen stellen – auch und vor allem unangenehme. Die Politik muss Antworten auf diese Fragen haben. Wenn die Antworten ausbleiben, so ist das ein Indiz dafür, dass die betreffende politische Position nicht haltbar ist, weil sie nicht begründet ist. Nur durch kritische Fragen kann die Politik Glaubwürdigkeit und Vertrauen bei den Bürgern erlangen. Je besser die Fragestellung, desto schärfer und überzeugender kann die Politik ihre Position deutlich machen und untermauern. Wenn keine kritischen Fragen gestellt werden, laufen Politiker Gefahr, beliebige Positionen zu vertreten. Ihnen ist dann der Zwang – aber auch die Möglichkeit – genommen, ihre Positionen und ihr Profil zu schärfen. Es gewinnt dann derjenige, der am lautesten schreit, einfache und schematische Lösungen für Probleme anbietet und so die Gunst des verunsicherten Wählers und Bürgers erlangt.

„ Wenn es keine Medien gäbe, wäre Politik schlecht in die Öffentlichkeit und zu den Bürgern und Wählern zu transportieren. Wenn sich aber Politik und Medien vermischen und womöglich gemeinsame Sache machen, so fehlt der Politik das Korrektiv.“

Politiker brauchen mutige und ehrliche, unparteiische Medien – auch wenn sie unbequem sind. Es gehört zum „common sense“, dass sich „Rechtschaffenheit auszahlt“ und „ehrlich am längsten währt“. Auf die Medien übertragen bedeutet dies, dass es ihre Aufgabe ist, ein zutreffendes Bild der Realität und des Meinungsspektrums insgesamt abzubilden. Auf der anderen Seite sind Medien Wirtschaftsunternehmen, die ihre Informationen auch nach Aufmerksamkeitsmerkmalen auswählen – wahrscheinlich sogar müssen. Insbesondere Massenmedien werden daher beschuldigt, ihre Informationen nach politischer bzw. kultureller Nähe zu selektieren oder Prominenz und negative Ereignisse wie Skandale, Konflikte und anderes zu präferieren. Daher, so der Vorwurf, trügen die Massenmedien Mitschuld am Vertrauensverlust in das politische System und in der Konsequenz an schwindender Wahlbeteiligung bzw. Protestwahlen.

Verhältnis von Medien und Politik

Die soeben aufgeführten Grundsätze im Spannungsverhältnis zwischen Medien und Politik wird vermutlich fast jeder mittragen können. Es stellt sich allerdings die Frage, wie ausgewogen das Verhältnis ist bzw. in welche Richtung die Waage ausschlägt. Zum Einfluss der Medien auf das politische System gibt es Indizien dafür, dass Medien immer mehr Einfluss gewinnen. Es wird argumentiert, dass politische Entscheidungen nicht mehr nur nach der politischen Sachlage getroffen würden, sondern auch danach, wie gut die Entscheidungen medial in die

Öffentlichkeit transportiert werden könnten. Bisweilen ist sogar von einer „Mediokratie“ die Rede. Dabei wird allerdings ignoriert, dass in Deutschland in den politischen Institutionen immer noch nach politischen Prioritäten verhandelt und entschieden wird. Wenn allerdings wie in Italien ein erfolgreicher Medienunternehmer viermal Regierungschef wird, ist von einer ungesunden Konzentration medialer und politischer Macht auszugehen.

„Dies zeigt, wie wichtig es ist, dass die Medien die richtigen Fragen stellen – auch und vor allem unangenehme. Die Politik muss Antworten auf diese Fragen haben. Wenn die Antworten ausbleiben, so ist das ein Indiz dafür, dass die betreffende politische Position nicht haltbar ist, weil sie nicht begründet ist.“

Unabhängige und neutrale Medien sollen die Funktion als Vermittler in der öffentlichen Kommunikation erfüllen und einen vielfältigen Meinungsmarkt herstellen. In unserer Demokratie sind glücklicherweise die Möglichkeiten zur Instrumentalisierung der Medien durch politische Akteure begrenzt. Dafür sind Öffentlichkeitsarbeit und politische PR auf Regierungs-, Partei- und Organisationsebene immer wichtiger. Vor allem Wahlkämpfe werden zunehmend nach dem Beispiel der USA und Großbritanniens mithilfe von medienerfahrenen Beratern – neudeutsch „spin-doctors“ – medial ausgerichtet.

In anderen Regimen wie Russland ist die Instrumentalisierung der Medien durch die direkte oder indirekte Kontrolle des am weitesten verbreiteten Informationsmediums, des Fernsehens, weit fortgeschritten. Das gilt auch für die Print-Medien, die allerdings für die Bevölkerung und deren Versorgung mit Nachrichten weniger wichtig sind. Diplomatie und mediale Propaganda greifen ineinander, um mittels Desinformation die Außenpolitik Putins zu stützen – sei es um die Ukraine zu destabilisieren oder Kriegsverbrechen in Syrien zu verheimlichen.

Dagegen ist die Kontrolle der sozialen Netzwerke nur eingeschränkt erfolgreich: Einerseits wird das russische Facebook vom Kreml kontrolliert und zur Beeinflussung der Gesellschaft eingesetzt, andererseits dient es als Medium zur Verabredung von Protesten gegen die Regierung. Ein weiteres Beispiel ist Youtube, das immer noch die wichtigste Plattform für regimekritische Blogger ist. Letztendlich zeigt es sich, dass Misstrauen oder FakeNews leichter zu verbreiten sind, als Journalisten und Bevölkerung völlig zu kontrollieren.

Die Pflicht des Staatsbürgers: Urteilsfähig sein!

Heute kann jeder im Internet, auf Facebook, Twitter usw. publizieren. Jeder kann Nachrichten und Fakten verbreiten – ungefiltert, nach eigenem Gutdünken: wahre und falsche, tiefgründige und oberflächliche, wichtige und unwichtige, informative und manipulierende – eben (fast) alles! Diese Vielfalt ist gut so – darüber gibt es wohl keinen Disput. In einer Marktwirtschaft sind Monopole wesensfremde und schädliche Gebilde, und auch für Nachrichten und Meinungen darf es kein Monopol geben. Das wäre gleichbedeutend mit dem Ende der Meinungs- und Pressefreiheit, die elementar für die freiheitlich-demokratische Grundordnung sind.

Das bedeutet aber auch: Wie überall in einer Marktwirtschaft braucht es aufgeklärte und mündige Bürger, die zur eigenen Bewertung und zum eigenen Hinterfragen und Urteilen fähig und willens sind. Die staatsbürgerliche Erziehung in Familien und Schulen ist dafür verantwortlich, dass Bürger nicht Neppern, Schleppern und Bauernfängern – gleichgültig welcher politischen Couleur – auf den Leim gehen.

In der Gründungsurkunde der Ludwig-Erhard-Stiftung von 1967 ist zu lesen: „In einer Zeit, in der ein verwerflicher Opportunismus und ein verderblicher Konformismus sich immer weiter ausbreiten, gilt es, die Werte verantwortlicher Gesinnung und menschlicher Gesittung zu stärken und neu zu beleben.“ Das Problem ist also nicht neu, es haben sich lediglich die Möglichkeiten zur Meinungsmache geändert. Das soll allerdings nicht verharmlosen, wie sehr sich die Anforderungen an den mündigen Bürger im freien Meinungs- und Willensbildungsprozess in Zeiten von Internet und Co. erhöht haben.

Chancen durch Internet und Social Media

Das Internet wird häufig als disruptive Innovation bezeichnet, weil es Marktstrukturen zerstört hat. Im Informations- und Medienbereich hat es die Regeln der ganzen Branche neu geschrieben. Jeder kann nun Nachrichtenmoderator und Chefkomentator sein. Und nicht nur das: Politiker müssen nicht mehr warten, bis und ob überhaupt eine ihrer Verlautbarungen von den etablierten Medien aufgegriffen und verbreitet wird. Sie greifen schlicht zum Handy und twittern kurzerhand selbst. Schnell, direkt, unverblümt – bisweilen vorschnell, weil keine Presseabteilung und kein Berater Aussagen, die sich vielleicht später als unklug herausstellen, rechtzeitig aussortiert.

Aber alles hat zwei Seiten, und auch die Chancen darf man nicht verschweigen: Direkte Verlautbarungen via Twitter lassen den Politiker direkter und nahbarer erscheinen, sowohl in seinen Inhalten als auch in seinem Duktus. Das bringt beim Wähler oft eher Plus- als Minuspunkte. Von manchem Politiker, der auf Twitter aktiv ist, wird man sicher sagen: „Das ist einer von uns!“ Das prominenteste Beispiel dürfte wohl der amerikanische Präsident *Donald Trump* sein, der in einer Sprache twittert, die der US-Normalbürger versteht. Ob es dem Bürger gefällt und

ob der schnelle Tweet einer Überprüfung standhält, steht natürlich auf einem anderen Blatt.

Social Media, die sozialen Netzwerke wie Twitter und Facebook, stehen seit einigen Jahren neben den etablierten Medien in Print, Funk und Fernsehen. Die Etablierten wiederum nutzen ebenfalls die neuen Kanäle in den sozialen Netzwerken. Das ist erfreulich, denn es gilt erstens, dass die Konkurrenz nicht schläft, und zweitens, dass Konkurrenz das Geschäft belebt. Ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft, des Wettbewerbsgedankens und der Überzeugung, dass der Abnehmer von Informationen – sprich: der Konsument – über Erfolg und Misserfolg von Innovationen entscheidet. Wer im Rennen um die Gunst der Nutzer einen Vorsprung hat, lässt sich noch nicht abschließend bewerten, denn die Bestimmung des Verhältnisses zwischen Social Media und den Etablierten ist noch im Fluss.

„ Das bedeutet aber auch: Wie überall in einer Marktwirtschaft braucht es aufgeklärte und mündige Bürger, die zur eigenen Bewertung und zum eigenen Hinterfragen und Urteilen fähig und willens sind. Die staatsbürgerliche Erziehung in Familien und Schulen ist dafür verantwortlich, dass Bürger nicht Neppern, Schleppern und Bauernfängern – gleichgültig welcher politischen Couleur – auf den Leim gehen.“

Fakt ist: Twitter und Facebook sind schnell – in Echtzeit lassen sich Ereignisse filmen und verbreiten, die Kommentare lassen kaum länger auf sich warten. Die tatsächlichen Leser sind nicht erkennbar, das heißt, der Follower ist nicht unbedingt auch Leser, sondern lässt die angebotenen Informationen möglicherweise ungenutzt. Das gilt für etablierte Medien zwar auch, aber die Tatsache, dass man im Gegensatz zum Twitter-Account zum Beispiel für ein Zeitungsabo bezahlt, lässt doch darauf schließen, dass die Zeitung dem Abonnenten etwas wert ist. Sonst würde zumindest mittel- bis langfristig das Abo gekündigt. Die Möglichkeit, den potenziellen Leser von der Informationsquelle auszuschließen, und seine Entscheidung, für Informationen zu zahlen, macht den Unterschied.

„Torwächterfunktion“ etablierter Medien wird obsolet

Doch man muss sich bewusst machen, dass die geposteten Kommentare im quasi kostenlosen Internet zunächst Einzelmeinungen wiedergeben. Je schneller eine Nachricht kommt, desto weniger wird sie wohl reflektiert sein. Diese Vermutung darf man wohl plausiblerweise anstellen. Da die Teilnehmer auf Twitter selbst bestimmen, was sie lesen, sind sie auch selbst dafür verantwortlich, sich aus der Informationsvielfalt ein differenziertes Bild zusammenzustellen.

„Als das Internet kam, herrschte die Vorstellung, dass damit jeder alles auf den Informationsmarkt tragen könnte – und der mündige, eigenverantwortliche User, Follower oder Leser würde sich die für ihn relevanten Informationen herausuchen.“

Im Geschwindigkeitswettkampf haben die analogen Medien wegen ihrer Produktionsbedingungen keine Chance gegen die Online-Medien. Auflagenrückgänge kosteten viele als sicher geltende Arbeitsplätze in den Verlagen, sowohl die der Journalisten als auch die der Manager. Die etablierten Medien mussten sich anpassen, um nicht die Konsumenten der digitalen Generation zu verlieren. In den USA half der sogenannte Trump-Effekt. „New York Times“, „Washington Post“ und andere erlebten eine Auferstehung von den Totgesagten. Die „Times“ gewann Hunderttausende Digital-Abonnenten, seit die Nachfrage nach fundierter journalistischer Recherche in Anbetracht der Äußerungen aus dem Weißen Haus anstieg.

Der ebenfalls schwer angeschlagene britische „Guardian“, dessen digitale Umsätze 2017 erstmalig die Umsätze aus dem Verkauf der gedruckten Auflage und aus Events überstiegen, ist digital mit seinen zehn Millionen Online-Lesern die drittgrößte Zeitung der Welt. Der „Guardian“ war auch einer von 80 Medienpartnern, die 2016 unter Führung der „Süddeutschen Zeitung“ die Panama-Papers veröffentlichten. Die meisten von ihnen sind Mitglieder im Verband investigativer Journalisten – weltweit mehrere Hundert Journalisten, die als grenzüberschreitendes Team recherchieren. Die fetten Jahre der Anzeigenkunden sind für die Print-Medien zwar für immer vorbei, aber die Beispiele verdeutlichen, dass es zum einen neuer Geschäftsmodelle bedarf und es zum anderen sehr wohl eine Nachfrage nach qualifizierten Antworten auf Twitter und Co. gibt.

Früher hatten die etablierten Medien eine Torwächter-Funktion: Das, was beispielsweise in der Tagesschau oder in der FAZ berichtet wurde, war relevant. Schließlich waren die veröffentlichten Beiträge das Ergebnis einer ganzen Reihe von Selektionen – Überprüfung des Wahrheitsgehaltes, Filterung entsprechend der Relevanz des Inhaltes und Bearbeitung der Information. Hätten sich die damaligen

Herausgeber daran gehalten, wäre dem „Stern“ 1983 die Blamage der gefälschten Hitler-Tagebücher erspart geblieben. Doch diese Torwächterfunktion wird durch das Internet zunehmend obsolet. Als das Internet kam, herrschte die Vorstellung, dass damit jeder alles auf den Informationsmarkt tragen könnte – und der mündige, eigenverantwortliche User, Follower oder Leser würde sich die für ihn relevanten Informationen heraussuchen.

Gefangen in der eigenen Filterblase?

Doch womit zu Anfang niemand gerechnet hatte: Die Suchmaschinen – in Wahrheit nur eine, nämlich Google – und die sozialen Medien, vor allem Facebook, funktionierten nach ausgeklügelten und streng geheimen Algorithmen. Damit wurde es möglich, die Daten, das Verhalten und die Interessen der User im Netz zu sammeln, auszuwerten und in die Ergebnisse einfließen zu lassen. Zu Ende gedacht führt die gefilterte Suche dazu, den User von neuen Themen und wichtigen Informationen auszuschließen; er verbleibt in seinem persönlichen Informations-Ökosystem.

Soziale Netzwerke neigen zur Monopolisierung und zur Bildung von Filterblasen, so die These. Die Verfechter der Filterblasen-Theorie argumentieren, die Algorithmen der sozialen Netzwerke würden dazu führen, dass den Usern nur noch Nachrichten präsentiert würden, die ihr eigenes Weltbild bestätigten. Dies habe im Ergebnis die Polarisierung der Gesellschaft zur Folge. Die Diskussionen um die Macht der Daten führten dazu, Erklärungen für überraschende politische Ereignisse in den unter Verdacht stehenden Algorithmen der Netzwerke zu suchen. Seitdem gilt bei den Anhängern der Theorie als gesichert, dass die AfD in einer Filterblase groß geworden ist und Algorithmen, die in sozialen Netzwerken eine menschliche Identität vor-täuschen – sogenannte Social Bots – den Brexit herbeigeführt haben.

Zugegebenermaßen personalisieren Algorithmen unsere Seiten bei sozialen Medien und Google. Auf der anderen Seite hat das Internet das Spektrum an sozialen Kontakten und politischen Meinungen in einmaliger Weise erweitert. Selbst Parteien am äußeren Rand des Spektrums leiten ihre Leser auf Twitter weiter zu einem breiten Spektrum an Medien. Letztendlich mögen Leser Berichte über Politiker, die sie ablehnen, sei es aus Informationsinteresse, zur Unterhaltung oder auch um sich über sie aufzuregen.

Öffentlicher Diskurs und Konfliktbereitschaft sind notwendig

Um richtig verstanden zu werden: Es ist in höchstem Maße zu verurteilen, wenn demokratische Meinungsbildung durch irreführende und konfliktverstärkende Informationen manipuliert wird. Die Mystifizierung der Algorithmen birgt jedoch die Gefahr, von den wahren Problemen abzulenken. Das Erstarken der Rechten oder die Wahl eines Populisten zum US-Präsidenten haben ihre Ursachen nicht in der digitalen, sondern in der realen Welt. Sie können daher nicht durch Überarbeiten von Programmiercodes, sondern nur durch echten gesellschaftlichen Diskurs gelöst

werden. Widerspruch und Diskurs gehören zum Wesen der Demokratie. Autonome Individuen, die zusammen ein Gemeinwesen bilden, werden selten alle zugleich einer Meinung sein. Menschen sind auch ohne Algorithmen eher für Fakten und Meinungen empfänglich, die sie bestärken.

„ Um richtig verstanden zu werden: Es ist in höchstem Maße zu verurteilen, wenn demokratische Meinungsbildung durch irreführende und konfliktverstärkende Informationen manipuliert wird. Die Mystifizierung der Algorithmen birgt jedoch die Gefahr, von den wahren Problemen abzulenken.“

Was nötig ist, ist die Bereitschaft, Konflikte im verbalen Diskurs zu lösen, indem man entweder A) einen Kompromiss findet oder B) zumindest akzeptiert, dass die Mehrheit entscheidet und diese Entscheidung für alle bindend ist. Wenn dieser Konsens aller Demokraten verlassen wird, so ist auch die Demokratie am Ende. Das ist glücklicherweise nicht so. Divergierende Meinungen, auch quer durch Dorfgemeinschaften und über Kaffeetische hinweg, gab es schon immer, denn sie gehören zum Leben im Gemeinwesen. Und dort, in der Gesellschaft – und sei es online – müssen sie erörtert und möglichst auch überwunden werden.

Das ist auch der Geist, der dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von seinem Stifter mit auf den Weg gegeben wurde: „Soziale Marktwirtschaft verlangt Öffentlichkeit und Akzeptanz“ – so heißt es in der Satzung über den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik. In diesem Sinne hat die Jury unsere diesjährigen Preisträger ausgewählt, und in diesem Sinne ist die Ludwig-Erhard-Stiftung insgesamt tätig. Ich gratuliere den Preisträgern herzlich und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. ■

Ursula Heinen-Esser war als Festrednerin vorgesehen; die stellvertretende Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung war leider kurzfristig verhindert. Ihre Rede wurde von Erich Wittenberg, freier Journalist und Sprecher, vorgetragen.

■ Laudationes

Dr. Dorothea Siems

Mitglied der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik



Meine Damen und Herren,

guter Journalismus ist zu allen Zeiten wichtig. Heutzutage aber ist diese „vierte Gewalt“ mehr denn je systemrelevant. Wir leben in der besten aller Welten – mit Demokratie, Freiheit und Sozialer Marktwirtschaft. Doch die Grundlagen dieser liberalen Welt erodieren. Denn es sind Zeiten der Fake News. Journalisten werden als „Lückenpresse“ und als „Volkverräter“ diffamiert. Umgekehrt suchen manche Kollegen bei ihrer Arbeit gar nicht mehr nach der Wahrheit, sondern biegen diese nach eigenem ideologischen Gusto zurecht.

Mit den Ludwig-Erhard-Preisen für Wirtschaftspublizistik ehrt die Stiftung in diesem Jahr herausragende Journalisten, die mit ihrer Arbeit, ihren Beiträgen, ihren Argumenten dafür kämpfen, dass die liberale Gesellschaft eine Zukunft hat – in Deutschland, in Europa und in der ganzen westlichen Welt.

Zanny Minton Beddoes geht als Chefredakteurin des „Economist“ in diesem Kampf oft originelle Wege. Seit 175 Jahren steht das britische Wirtschaftsmagazin für klugen, unbestechlichen Wirtschaftsjournalismus. Für Ökonomen in aller Welt – aber keineswegs nur für sie – stellt der Economist eine wöchentlich erscheinende Bibel dar.

Vor wenigen Wochen präsentierte *Beddoes* mit ihrer Mannschaft eine ganz besondere Titelstory: ein Manifest zur Erneuerung des Liberalismus. Viele Menschen weltweit hat das Werk elektrisiert. „Liberale sollten den heutigen Herausforderungen mit Mut gegenüberreten. Wenn sie gewinnen, geschieht dies, weil ihre Ideen besser als alles andere geeignet sind, Freiheit und Wohlstand zu verbreiten.“

Der Optimismus, der sich in diesem Leitartikel ausdrückt, kommt wohltuend offensiv daher. Ob Rechtspopulisten, Kapitalismus- und Globalisierungsgegner, ob *Trumps* Eskapaden oder Chinas beängstigend erfolgreiche Diktatur – Liberalismus kann mehr als alle alternativen Wirtschafts- und Politikmodelle. Aber nicht, und das ist die wichtige Botschaft von *Zanny Minton Beddoes*, wenn der Liberalismus bloß bequeme „Status quo-Bewahrung“ ist. Und nicht, wenn die Früchte des wirtschaftlichen Erfolges nicht am Ende allen in der Gesellschaft zugutekommen. Ein zukunftsfähiger Liberalismus, so wie *Beddoes* ihn versteht, braucht eine Balance zwischen Wirtschaft und Staat, wo der Staat den Ordnungsrahmen setzt und Regeln überwacht und durchsetzt, aber nicht als aktiver Mitspieler agiert. Genauso hat das auch *Ludwig Erhard* immer propagiert. Neue Antworten hält *Beddoes* auch auf anderen Politikfeldern für unabdingbar, besonders die Migrationspolitik, die Verteidigungsfähigkeit und der Sozialstaat müssen an die neuen Herausforderungen angepasst werden. Das ist wahrlich ein Manifest, das es in sich hat.

Ein guter Ökonom ist niemals nur Ökonom. Das gilt auch für *Beddoes*, die neben wirtschaftlichen Fragen stets auch gesellschaftliche Entwicklungen und politische Strömungen im Blick hat. Zu Beginn ihrer Karriere hat die Britin zunächst Polens Finanzminister beraten, später dann beim Internationalen Währungsfonds gearbeitet. Bis sie zum *Economist* kam, für den sie zehn Jahre in den USA war. Seit mehr als drei Jahren steht die Journalistin nun an der Spitze des Medienhauses und treibt dort die Digitalisierung mit großem Tempo und mit Erfolg voran.

Der *Economist* dürfe nicht der Grandpa in der Disco sein, hatte *Beddoes* als Devise ausgegeben. Und ein Großvater ist der *Economist* in der Tat nur seinem Alter nach. Das Magazin ist altherwürdig und modern zugleich. Denn *Beddoes* bewahrt die Stärken des Printmediums, agiert aber gleichzeitig höchst erfolgreich mit E-Paper und Social-Media. Das ist eine beeindruckende Leistung: Neben der klugen ökonomischen Analyse – die der *Economist* Woche für Woche leistet – gelingt *Zanny Minton Beddoes* auch der betriebswirtschaftliche Aufschwung – *Ludwig Erhard* hätte das sehr gefallen.

Dr. Peter Rásonyi, der heute ebenfalls mit dem Ludwig-Erhard-Preis geehrt werden soll, leitet seit drei Jahren das Ressort International der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ). Dieses Blatt erschien übrigens 1780 zum ersten Mal, also in den Jahren zwischen der amerikanischen Unabhängigkeit und der Französischen Revolution, also in einer Zeit, als das Fundament des Westens gelegt, genauer: erkämpft wurde. Das passt.

Die Zeitung strahlt weit über die Landesgrenzen der Schweiz hinaus. Sie ist ein Leitmedium für das Bürgertum im gesamten deutschsprachigen Raum – und darüber hinaus. Die NZZ steht nach eigenem Bekunden für eine „freisinnig-demokratische Ausrichtung“. Eine Grundhaltung, die *Peter Rásonyi* mit seinen Artikeln par excellence verkörpert. Und diese Haltung – freisinnig und demokratisch – ist in diesen aufgeregten bis hysterischen Zeiten so wohltuend und so unverzichtbar.

„Guter Journalismus ist zu allen Zeiten wichtig. Heutzutage aber ist diese »vierte Gewalt« mehr denn je systemrelevant.“

Als Auslandschef hat man einen weiten Horizont. Man muss so viel gleichzeitig im Blick behalten, die Welt ist riesengroß und sie dreht sich immer schneller. *Peter Rásonyi* hat diesen nötigen Weitblick, der das gesamte Weltgeschehen souverän umfasst. Sein besonderes Interesse aber gilt Großbritannien und Deutschland. In beiden Ländern war der Schweizer jeweils für mehrere Jahre stationiert und hat vor Ort über Wirtschaft und Politik berichtet. Wenn der Auslandschef der NZZ heute aus Zürich das politische Wirrwarr in Berlin kommentiert, dann fühlt man sich als Deutscher immer wieder regelrecht ertappt.

Denn *Rásonyi* besitzt nicht nur eine große Sachkenntnis der bundesdeutschen Verhältnisse. Er hat zudem die Fähigkeit, die Prozesse aus der Vogelperspektive zu betrachten. Während wir deutschen Journalisten oft vor lauter Bäumen den Wald nicht sehen oder – noch schlimmer – mal wieder missionarisch unterwegs sind, trifft der Schweizer Kollege mühelos ins Schwarze.

Mit Kopfschütteln beobachtet *Rásonyi* die Große Koalition, wie sie permanent die Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft testet. „Und das in einer Zeit, in der die ganze Welt von den Herausforderungen der Digitalisierung spricht, Chinas Diktatur die weltweite Expansion der wirtschaftlichen Interessensphäre so aggressiv wie nie vorantreibt und ein amerikanischer Präsident unter dem Slogan »America first« die Interessen der heimischen Wirtschaft vor alles andere stellt.“

Und Kopfschütteln auch, wenn in Hamburg beim G-20-Gipfel linksradikale Chaoten aus dem In- und Ausland ganze Stadtviertel verwüsten und Polizisten verletzen – und Politik und Teile des Bürgertums so tun, als handele es sich nur um Dumme-Jungen-Streiche von Menschen mit hehren Absichten.

Peter Rásonyi kennt die Deutschen gut, und er bringt ihnen Sympathie entgegen, so meine ich jedenfalls zwischen seinen Zeilen gelesen zu haben. Doch nicht immer kann er die Deutschen verstehen. Wie auch? Es braucht manchmal diesen unbestechlichen Blick von außen, um selbst zu erkennen, wie merkwürdig man inzwischen geworden ist.

Neben den beiden Hauptpreisträgern gibt es auch in diesem Jahr wieder drei Nachwuchspreisträger. Denn *Ludwig Erhard* wusste, dass seine Idee der Sozialen Marktwirtschaft – die in Wirklichkeit, wie wir alle wissen, letztlich ein Plädoyer für eine möglichst liberale Marktwirtschaft war – gerade in der jungen Generation immer wieder neue Mitstreiter braucht.

Guter Wirtschaftsjournalismus ist zeitaufwendig. Und in vielen Redaktionen bleibt bei permanentem Kostendruck immer weniger Freiraum zum Recherchieren. Doch *Patricius Mayer*, *Daniel Sprenger* und *Christian Wermke* zeigen mit ihren eingereichten Beiträgen, dass es auch hier Grund zum Optimismus gibt und guter Journalismus durchaus eine Zukunft hat. So unterschiedlich die Arbeiten der drei jungen Journalisten sind, so zeichnen sich doch alle dadurch aus, dass sie komplexe Wirtschaftsthemen sachlich fundiert und kritisch beleuchten.

„ Mit den Ludwig-Erhard-Preisen für Wirtschaftspublizistik ehrt die Stiftung in diesem Jahr herausragende Journalisten, die mit ihrer Arbeit, ihren Beiträgen, ihren Argumenten dafür kämpfen, dass die liberale Gesellschaft eine Zukunft hat – in Deutschland, in Europa und in der ganzen westlichen Welt. “

Patricius Mayer arbeitet beim Bayerischen Rundfunk. In seinem Fernsehbeitrag „Gefährliche Medikamente“ bringt *Mayer* Licht in ein Thema, das zwar alle Menschen angeht, über das die meisten aber dennoch wenig wissen. *Mayer* hat intensiv recherchiert, unter welchen Bedingungen international agierende Pharmafirmen Medikamente herstellen. In Entwicklungsländern gibt es eklatante Sicherheitslücken. Überdies gelangen immer wieder Fälschungen in den Handel. Und deutsche und europäische Ermittlungsbehörden agieren hilflos. Ein wahrlich brisantes, ja gruseliges Thema, an dem *Mayer* hoffentlich dranbleibt.

Fernsehreporter *Daniel Sprenger* beschäftigt sich mit Umweltthemen – und hat dafür das Format der Realsatire gewählt. In kurzen Fernsehbeiträgen für das NDR-Magazin „Extra 3“ schildert der Journalist lauter Schildbürgerstreiche, die sich um ökologische Themen drehen. Da erleben Hamburgs Elektro-Autofahrer böse Überraschungen mit der Polizei, wenn sie versuchen, eine freie Ladestation zu ergattern. Offenbar müssen die Ordnungshüter die üppigen Subventionen, die die E-Autobesitzer bekommen, an anderer Stelle wieder reinholen. Bremen wiederum lässt den fleißig gesammelten Bio-Müll per Lkw quer durch die Republik fahren – weil das beauftragte Entsorgungsunternehmen so kostengünstig ist. Dafür ist allerdings die Umweltbilanz der Maßnahme verheerend. Der Zuschauer wird bei *Sprenger* köstlich unterhalten – und lernt nebenbei: Nicht alles, was sich öko nennt, ist logisch.

Der dritte Nachwuchspreisträger ist *Christian Wermke*, Redakteur beim Handelsblatt. Er hat sich das Brüsseler Lobbyisten-Treiben vorgenommen. 35.000 Lobbyisten

arbeiten in der EU-Hauptstadt. Das ist zwar völlig legal. Nur ist das Netz höchst intransparent. Auch agieren manche Verbands- und Unternehmensvertreter in einem Graubereich, wie *Wermke* in seinem fundierten Bericht aufzeigt. Auf nationaler Ebene gibt es nicht nur mehr Medien, sondern auch eine Opposition, die die Lobbyisten in Schach halten. Die Strukturen in der EU sind dagegen ein Nährboden für die Interessenvertreter – während die Bürger sehr, sehr weit weg sind. Dieses Ungleichgewicht stimmt bedenklich.

Auch *Wermkes* Artikel macht einmal mehr deutlich, wie unverzichtbar kritischer Journalismus ist, um Dinge zu verbessern – auch in der besten aller Welten. ■



Die Preisträger 2018: Christian Wermke, Daniel Sprenger, Zanny Minton Beddoes, Dr. Peter Rásonyi und Patricius Mayer (von links)



Musikalische Untermalung durch das Trio Laccasax

Zanny Minton Beddoes

Chefredakteurin The Economist



- 1967 geboren in Clun, Shropshire in England
- 1978 – 1985 Moreton Hall School in der Nähe von Oswestry (England)
- 1986 – 1989 Studium der Philosophie, Politik- und Wirtschaftswissenschaften am St. Hilda's College an der Oxford University
- 1989 – 1992 Kennedy-Stipendiatin an der Harvard University, USA
- 1991 – 1992 Beraterin des polnischen Finanzministers als Teil einer kleinen Gruppe unter der Leitung von Professor Jeffrey Sachs von der Harvard University
- 1992 – 1994 Ökonomin beim Internationalen Währungsfonds
Arbeitsbereiche: Entwicklung von Strukturanpassungsprogrammen für Afrika und für die Übergangsvolkswirtschaften Osteuropas
- 1994 Beginn der Karriere beim britischen Politik- und Wirtschaftsmagazin The Economist in London als Wirtschaftskorrespondentin für Schwellenländer
- 1996 – 2014 Wirtschaftskorrespondentin für The Economist in London, danach Wirtschaftsredakteurin in Washington DC
- 2014 – 2015 Redakteurin für Unternehmensberichterstattung, London
- Februar 2015 Wahl zum 17. Chefredakteur des Economist als erste Chefredakteurin seit Gründung der Zeitung 1843

Dr. Peter Rásonyi

Leiter der Auslandsredaktion
der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)



- 13. Juni 1966 geboren in Zürich
- 1979 – 1985 Literargymnasium in Zürich
- 1985 – 1992 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich
- 1993 Volontariat in der Wirtschaftsredaktion der NZZ
- 1993 – 1997 Wissenschaftlicher Assistent an der Forschungsstelle für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Zürich
- 1998 Promotion in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich
- 1997 – 2002 Wirtschaftsredakteur bei der NZZ in Zürich
- 2003 – 2009 Wirtschaftspolitischer Korrespondent der NZZ in Berlin
- 2009 – 2015 Korrespondent der NZZ in London
- seit 2015 Leiter der Auslandsredaktion der NZZ in Zürich

Patricius Mayer

Journalist und Dramaturg
beim Bayerischen Rundfunk



3. März 1984 geboren in München

2003 – 2010 Ludwig-Maximilians-
Universität (Studium:
Dramaturgie; Neuere
Deutsche Literatur;
Musikwissenschaft)

2010 – 2011 „on3-südwild“ – Das Jugendmagazin des Bayerischen Fernsehens
Redaktionelle Mitarbeit

2012 – 2018 Journalist und Dramaturg beim Bayerischen Rundfunk

2012 „Wie es Euch gefällt – Die Zukunft der Medien“, interaktive Radio-
und TV-Dokumentation über die Zukunft des Geschichten-Erzählens

2014 „Das Oktoberfest-Attentat“, Interaktive Web-Dokumentation
über den größten Terror-Anschlag der bundesdeutschen
Nachkriegsgeschichte

Januar 2015 „Waffen für Mexiko“, interaktive Web-Dokumentation über ille-
galen Waffenhandel

Februar 2017 „Pharmacrime – Gefährliche Medikamente“, interaktive Web-Doku-
mentation über den Handel mit gefälschten Medikamenten

Den ausgezeichneten Beitrag finden Sie unter:

www.pharmacrime.de

Daniel Sprenger

Autor für das NDR-Satiremagazin extra 3



2. Oktober 1985 geboren in Twistringen (Niedersachsen)
- 2005 – 2008 Bachelorstudium der Politik und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin
- 2007/08 Auslandssemester an der Sorbonne Nouvelle in Paris (Europastudien)
- 2009 – 2011 Volontariat beim Norddeutschen Rundfunk mit Praxis-Stationen in allen NDR-Ländern
- seit 2011 Freier Mitarbeiter in der Redaktion extra 3 in Hamburg mit Fokus auf Filme für die Rubrik „Der reale Irrsinn“ sowie Autor und Nachrichtenredakteur bei NDR.de
- 2015 Auszeichnung mit dem Deutschen Wirtschaftsfilmpreis der Bundesregierung für einen Beitrag über „Langsames Internet trotz Highspeed-Kabel vor der Tür“
- bis 2016 Masterstudium der Politik und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin
- 2016 Nominierung für den Ernst-Schneider-Preis der IHK mit einem Beitrag über „Müllsäcke – Nutzungsverbot in Pattensen“
- 2017 Buch-Veröffentlichung „Deutschland – der reale Irrsinn ist überall“ (mit Alicia Anker), in dem die schönsten Realsatiren von extra 3 gesammelt sind und forterzählt werden

Die ausgezeichneten Beiträge finden Sie unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=BujSAA4G3YI>

https://www.youtube.com/watch?v=z_uzOvRpjzE

<https://www.youtube.com/watch?v=5IJmurpIjWA>

https://www.youtube.com/watch?v=GuFw_ZOuLIU

Christian Wermke

Reporter beim Handelsblatt



13. Januar 1986 geboren in Kaltenkirchen (Schleswig-Holstein)
- 2002 – 2009 freie Mitarbeit beim Pinneberger Tageblatt
- 2006 – 2009 Studium der Politikwissenschaften (B.A.) an der Universität Hamburg
- 2008 – 2009 Freier Mitarbeiter bei der Deutschen Presse-Agentur dpa
- 2009 – 2011 Redakteursausbildung an der Deutschen Journalistenschule und Journalismus-Studium (M.A.) an der Ludwig-Maximilians-Universität München
- 2011 – 2012 Freier Journalist, u.a. für BR, Tagesspiegel und Focus Online
- 2012 – 2015 Politikredakteur der Digitalzeitung „Handelsblatt Live“
- seit 2015 Reporter im Agenda-Ressort des Handelsblatts

Den ausgezeichneten Beitrag finden Sie unter:

<https://bit.ly/2JFXZ80>

■ Ansprache der Preisträgerin

Zanny Minton Beddoes
Chefredakteurin *The Economist*



Sehr geehrte Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung, verehrte Gäste,

es ist mir eine große Freude, heute Abend vor einem so hochrangigen Publikum eine Auszeichnung entgegenzunehmen, die den Namen *Ludwig Erhards* trägt. Zweifellos war *Erhard* einer der großen Vertreter des Liberalismus des 20. Jahrhunderts. Sein Vertrauen in den freien Wettbewerb und die freie Marktwirtschaft gepaart mit seinem Mut, die Fesseln staatlicher Kontrolle abzulegen, bildeten die Grundlage für das deutsche Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit und halfen dabei, die Wesenszüge einer liberalen Wirtschaftsordnung in Europa, zumindest in den westlichen Ländern, in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zu entwickeln. Für die Chefredakteurin einer Zeitung, die als Verfechterin des Freihandels, freier Märkte und einer liberalen Grundüberzeugung im weitesten Sinne gegründet wurde, ist es daher eine besondere Ehre, mit diesem Preis ausgezeichnet zu werden.

Dass ich diese Auszeichnung in diesem Jahr erhalte, freut mich aus drei Gründen ganz besonders. Erstens spricht es für den großen Freigeist der Jury – oder vielleicht auch für ihren Sinn für die Ironie des Schicksals –, diesen renommierten deutschen Medienpreis einer Britin (die aber immerhin eine deutsche Mutter hat) zu verleihen, deren Land sich anschickt, in weniger als sechs Monaten die Europäische Union zu verlassen. Zu seiner Zeit war *Ludwig Erhard* Verfechter der

Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Großbritannien und andere westliche Länder mit einschließen sollte. Unermüdlich warb er für freieren Handel und freieren Zugang zu den Märkten innerhalb Europas. Würde er heute noch leben, hätte er möglicherweise der Verleihung dieser Auszeichnung an mich nicht – oder im Gegenteil: erst recht – zugestimmt. Mit Sicherheit wäre er aber nicht mit dem Kurs einverstanden, auf dem sich mein Land gerade befindet. Handelsschranken innerhalb Europas werden eher auf- als abgebaut. Ich vermute, dass *Ludwig Erhard* sehr schnell dargelegt hätte, dass sowohl Großbritannien als auch die EU nach dem Brexit schlechter dastehen werden.

Zweitens feiert „The Economist“ in diesem Jahr sein 175. Jubiläum. Diese Zeitung – tatsächlich bezeichnen wir uns schon immer als Zeitung – wurde im September 1843 vom schottischen Hutmacher *James Wilson* gegründet. Großbritannien befand sich damals mitten in einer harten politischen Auseinandersetzung, ob es den freien Handel befürworten und die sogenannten Corn Laws (Korn- oder Getreidegesetze) abschaffen sollte. Es handelte sich hierbei um hohe Getreidezölle zum Schutz der Großgrundbesitzer – jedoch zum Nachteil der Verbraucher, besonders der armen Bevölkerung in den Städten –, durch die die Brotpreise künstlich hoch gehalten wurden. Dieser Kampf um das Für und Wider spaltete die Konservative Partei Großbritanniens – genau wie es der Brexit 175 Jahre später tut. Gleichzeitig brachte dieser Kampf eine neue politische und intellektuelle Bewegung hervor, nämlich die des Liberalismus. *Wilson* gründete den *Economist*, um für freien Handel einzutreten, für freie Märkte und für die liberale Idee.

„ In Anbetracht all dessen sind wir Liberalen mit unseren Überzeugungen in die Defensive geraten. Was können wir dagegen tun? Die Antwort, die ich darauf geben möchte, hat viel mit Ludwig Erhard zu tun: dass man nämlich ganz in seinem Sinne mutig erklären muss, was der Inbegriff seiner Idee einer liberalen, sozialen Marktwirtschaft eigentlich bedeutet. Die Liberalen des Jahres 2018 könnten eine Menge von seiner Weitsicht, Entschlossenheit und seinem Reformeifer beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg lernen.“

Um diese so wichtige historische Etappe zu würdigen, führten wir in den vergangenen sechs Monaten eine globale Diskussion unter dem Motto „Open Future“ über die Zukunft der freien Märkte und der offenen Gesellschaft. Wir luden Befürworter unserer Weltanschauung ebenso ein wie unsere Kritiker, sich an diversen Diskussionen zu einer ganzen Reihe von Themen zu beteiligen: von der Zukunft der freien Marktwirtschaft bis zu den Auswirkungen neuer Technologien; von Migration

heute und in Zukunft bis zur Bedeutung der freien Meinungsäußerung. Wir debattierten auf allen uns zur Verfügung stehenden Kanälen der modernen Kommunikation: online im Internet genauso wie in Artikeln unserer Print-Ausgabe, in Form von Podcasts und mit von uns selbst produzierten Filmen. Vor ein paar Wochen brachten wir eine eigens dem Jubiläum gewidmete Sonderausgabe des Economist heraus mit unseren Vorschlägen zur Erneuerung des Liberalismus im 21. Jahrhundert. In Anbetracht all dessen war dieses Jahr ein ganz besonderes für den Economist, das nun mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik gekrönt wird.

„Im Gegensatz zu Kommunisten sehen Liberale den Fortschritt nicht in irgendwelchen utopischen Zielen. Und anders als die Konservativen, die Wert auf Stabilität und Tradition legen, streben die Liberalen nach Fortschritt, sowohl wirtschaftlichem als auch sozialem. Entsprechend waren Liberale auch immer die Reformen, die für gesellschaftliche Veränderungen eintraten.“

Gegenwärtige Bedrohung liberaler Werte

Der dritte Grund, warum ich besonders dankbar für diese Auszeichnung am heutigen Tag bin, ist ein eher nicht so erfreulicher. Gegenwärtig sind die liberalen Werte, für die *Ludwig Erhard* stand, die zur Gründung des Economist führten und für die diese Zeitung stets eintrat, einem immer stärkeren und wachsenden Druck ausgesetzt.

Die offensichtlichste Bedrohung sind wachsender Populismus und Nationalismus auf beiden Seiten des Atlantiks. Dieser populistische Nationalismus erklärt zu einem großen Teil sowohl das Votum der Briten für einen Ausstieg aus der EU als auch die Tatsache, dass *Donald Trump* Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika werden konnte. Er erklärt auch das Erstarken von Parteien in vielen europäischen Ländern, die am äußersten rechten Rand und gegen das Establishment agieren. Dabei sind nicht alle Populisten gleich. Was sie aber eint, sind ihr Hass auf das sogenannte Establishment und die „Eliten“ sowie ihr Wunsch, „die Kontrolle wieder zurückzuerlangen“. Ihre selbstbezogenen Überzeugungen speisen sich aus Wut und Klagen besonders gegen Minderheiten. Die meisten Populisten stehen dem freien Welthandel skeptisch gegenüber und besonders einer liberalen Zuwanderungspolitik. Sie verachten die offene und pluralistische Gesellschaft. In der Globalisierung, die sie übrigens „Globalismus“ nennen, ein Begriff, der bewusst abwertend sein soll, sehen sie eine gescheiterte Ideologie, die nur einer ungebundenen globalen Elite Vorteile bringt auf Kosten der sogenannten normalen Bürger.

Eine ähnliche, aber noch unheimlichere Bedrohung geht von der wachsenden Zahl immer undemokratisch werdender, ja sogar autoritärer Regierungen aus, die wir überall in der Welt finden – und was besonders alarmierend ist: leider auch in Europa. In Polen und Ungarn erodieren in zunehmendem Maße die Kerninstitutionen einer liberalen Demokratie wie freie Presse oder unabhängige Justiz. In anderen Ländern wie der Türkei oder Russland wurden sie bereits so gut wie abgeschafft. Selbst in den dynamischsten Demokratien der Welt gibt es beunruhigende Entwicklungen. In Großbritannien zum Beispiel bezeichnet die Regenbogenpresse Richter als „Feinde des Volkes“, in den USA unterstellt der Präsident renommierten Medien „Fake News“ und hier in diesem Land wird das polemische wie verunglimpfende Wort „Lügenpresse“ wieder benutzt. Andererseits gibt es bisweilen auch eine unglaubliche Sorglosigkeit: Laut einer kürzlich in den USA veröffentlichten Studie findet es lediglich ein Drittel der Befragten unter 35 Jahre „entscheidend“, ob man in einer Demokratie lebt oder nicht.

Der letzte Grund, der Anlass zur Beunruhigung gibt, ist geopolitischer Natur. Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf Regeln basierende Weltordnung ist enorm unter Druck geraten. Die USA, die aufgrund ihrer Führungsrolle und militärischen Stärke lange Zeit der Stützpfeiler dieser Weltordnung waren, werden nun von einem Präsidenten regiert, der internationale Angelegenheiten als Nullsummenspiel betrachtet und der aufgrund seiner „America First“-Weltanschauung dem Multilateralismus höchst skeptisch gegenübersteht. Ist er doch davon überzeugt, dass Amerika von seinen Verbündeten über den Tisch gezogen wird. Gleichzeitig ist die aufstrebende Weltmacht China nicht nur eine Ein-Parteien-Diktatur, sondern wird mit wachsender Wirtschaftsstärke immer autoritärer und bestimmender, was seine politische Rolle in der Welt betrifft. Der Westen hatte lange gehofft, dass China mit zunehmender Prosperität und Integrierung ins Weltwirtschaftssystem liberaler werden würde, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. Diese Hoffnung hat sich, zumindest im Moment, leider zerschlagen. Die aufstrebende Weltmacht des 21. Jahrhunderts wird bis auf absehbare Zeit eine Diktatur mit einer Quasi-Marktwirtschaft bleiben.

Der Reformgeist der Liberalen

In Anbetracht all dessen sind wir Liberalen mit unseren Überzeugungen in die Defensive geraten. Was können wir dagegen tun? Die Antwort, die ich darauf geben möchte, hat viel mit *Ludwig Erhard* zu tun: dass man nämlich ganz in seinem Sinne mutig erklären muss, was der Inbegriff seiner Idee einer liberalen, sozialen Marktwirtschaft eigentlich bedeutet. Die Liberalen des Jahres 2018 könnten eine Menge von seiner Weitsicht, Entschlossenheit und seinem Reformeifer beim Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg lernen.

Bevor ich Ihnen das Warum erkläre, erlauben Sie mir zuerst einige Begriffserläuterungen. „Liberalismus“ ist zu einem Terminus mit unterschiedlichen Bedeutungen für unterschiedliche Menschen geworden. In den USA wird er mit eher linker

staatlicher Regierungspolitik verbunden, in Frankreich dagegen hat er eine negative Konnotation als Kurzbezeichnung für einen ultra-freien Libertarismus. Ich aber meine den klassischen Liberalismus, wie ihn die Philosophen der Aufklärung von *John Locke* bis *Adam Smith* entwickelt haben und wie er von den Intellektuellen im Viktorianischen Zeitalter wie *John Stuart Mill* verfochten wurde. Es ist der Liberalismus des frühen 19. Jahrhunderts, der Anhänger in ganz Europa hatte. Die ersten Politiker, die sich als „Liberale“ bezeichneten, gab es 1812 in Spanien während einer kurzen Phase des Parlamentarismus. Dennoch handelt es sich hier um eine politische Bewegung, deren Zentrum Großbritannien war, das im 19. Jahrhundert die stärkste wirtschaftliche und politische Macht war.

Beim klassischen Liberalismus handelt es sich um eine Weltanschauung basierend auf der allgemeinen Anerkennung der individuellen Freiheit der Person, dem Glauben an die freie Marktwirtschaft und den Freihandel, eine begrenzte Regierung und dem Vertrauen in den menschlichen Fortschritt durch den öffentlichen Diskurs, freien Wettbewerb und Reformen. Liberale halten nicht viel von Machtkonzentration und festgeschriebenen, verbrieften Interessen. Im Gegensatz zu den Kommunisten sehen die Liberalen den Fortschritt nicht in irgendwelchen utopischen Zielen. Und anders als die Konservativen, die Wert auf Stabilität und Tradition legen, streben die Liberalen nach Fortschritt, sowohl wirtschaftlichem als auch sozialem. Entsprechend waren die Liberalen auch immer die Reformer, die für gesellschaftliche Veränderungen eintraten.

„ Um die Wut der Menschen ernst zu nehmen und die Heil versprechenden Sirengesänge der Wirtschaftspopulisten durch attraktivere Alternativen zu entlarven, sollten die Liberalen weniger Zeit darauf verwenden, ihre Kritiker als Idioten und Fanatiker abzutun, und sich stattdessen auf die wirkliche Lösung der Probleme konzentrieren.“

Es ist diesem reformistischen Geist zu verdanken, dass der Liberalismus in den letzten beiden Jahrhunderten die stärkste Antriebskraft für den Fortschritt war. Mit der Entstehung von Gesellschaften entwickelten sich politische Ideen und Programme für Reformen, die eine liberale Handschrift trugen. Der erste Chefredakteur des *Economist* *James Wilson* hatte einen fast göttlichen Glauben an die Freiheit der Unternehmen und war der Meinung, dass die staatliche Kontrolle so gering wie möglich sein sollte. In früheren Leitartikeln sprach sich der *Economist* daher zum Beispiel gegen mithilfe staatlicher Steuereinnahmen finanzierte Bildung aus. Im ausgehenden 19. Jahrhundert erkannten die Liberalen jedoch, dass eine progressive Besteuerung und ein staatliches Sozialsystem zur Sicherung der grundlegenden sozialen Bedürfnisse der Menschen notwendige Maßnahmen waren, um die Fehlentwicklungen der freien Marktwirtschaft zu korrigieren. In den USA wurde das Kartellrecht (das sogenannte Antitrust-Gesetz) erlassen gegen



die Macht der sogenannten Raubritter-Monopole. Diesseits und jenseits des Atlantiks verschob sich das Verhältnis zwischen Staat und Markt zugunsten einer etwas größeren Rolle des Staates.

Washington Consensus

Infolge der Weltwirtschaftskrise 1929 verschob sich das Verhältnis von Staat und freier Marktwirtschaft erneut. Die Anhänger des britischen Ökonomen *John Maynard Keynes* begrüßten die Rolle des Staates bei der Steuerung der Nachfrage, um einerseits der Rezession entgegenzuwirken und andererseits für soziale Absicherung zu sorgen. Dagegen bereitete den Anhängern des österreichischen Ökonomen *Friedrich August von Hayek* die in ihren Augen staatliche „Übergriffigkeit“ eher Kopfschmerzen. Sie wollten den staatlichen Einfluss wieder zurückdrängen.

Sowohl *Keynes* als auch *von Hayek* waren Liberale, beide waren Verfechter liberaler Werte, kamen jedoch zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen, was das annehmbare Maß staatlichen Eingriffs sein sollte. Seit den 1930er Jahren haben diese beiden Schulen die Merkmale liberaler Wirtschaftslehre in Abgrenzung zu anderen umfassend definiert. Der politische Konsens hat sich in unterschiedlichen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten immer irgendwo dazwischen bewegt.

Die Nachkriegszeit, die *Ludwig Erhard* entscheidend mitgeprägt hat, war von der Multilateralisierung des Wirtschaftsliberalismus geprägt. Die Entstehung der Bretton-Woods-Institutionen, insbesondere des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens GATT, aus dem später die Welthandelsorganisation WTO wurde, führte zu einem globalen System von Regeln und Institutionen zur Unterstützung des freien Welthandels. *Ludwig Erhard* ist es zu verdanken, dass Deutschland hierbei

eine Vorreiterrolle einnahm. Mit seiner Entschlossenheit, Handelsbarrieren und -kontrollen zügig abzuschaffen, eine Währungsreform durchzuführen und parallel dazu Preisvorschriften aufzuheben, erwies sich *Erhard* als ein bemerkenswerter Wirtschaftsliberaler – und das weit mehr als einige der Alliierten. Darüber hinaus konzentrierte er sich auf die Schaffung jener Institutionen und Regelwerke, die freien und fairen Wettbewerb sowie die Freiheit des Bürgers auf dem Markt ermöglichen. Sie waren Teil des sogenannten Ordoliberalismus, eine speziell deutsche Variante von Wirtschaftsliberalismus, die außerhalb Deutschlands leider kaum bekannt ist.

Gleichzeitig entwarfen die Liberalen ihre Modelle für die sozialen Sicherungssysteme. Der britische Wohlfahrtsstaat mit dem National Health Service (dem Nationalen Gesundheitssystem) als seinem Flaggschiff, wurde von *William Beveridge*, einem klassischen Liberalen, entwickelt. Deutschland entwickelte unter *Ludwig Erhard* die Soziale Marktwirtschaft. In den 1970er Jahren verlangte der vorherrschende Teil der liberalen Volkswirtschaften infolge zunehmender staatlicher Maßnahmen im Sinne der keynesianischen Nachfragesteuerung erneut freiere Märkte. *Ronald Reagan* und *Margaret Thatcher* waren Verfechter von mehr Deregulierung und Privatisierung. Spitzensteuersätze wurden reduziert, noch bestehende Kontrollen des Kapitalflusses abgeschafft.

Bis in die 1990er Jahre hinein hatte sich ein weitverbreitetes, marktfreundliches Wirtschaftsprogramm durchgesetzt, das auch unter dem Namen Washington Consensus oder im Deutschen „Washington-Konsens“ beziehungsweise „Konsens von Washington“ bekannt ist. Es diente vor allem der Globalisierung – insbesondere der freien Bewegung von Waren, Dienstleistungen und Kapital. Die darin geforderten Strukturanpassungsmaßnahmen dienten der Deregulierung von nationalen Volkswirtschaften sowie Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen. Die Preise sollten durch die Geldpolitik unabhängiger, technokratischer Zentralbanken stabil bleiben. Regierungen sollten eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik betreiben zur Finanzierung ihrer Staatshaushalte: aus einer Mischung von Einnahmen aus nationalen Abgaben und Steuern sowie notwendigen Ausgaben, ohne aber die Anreize für Investitionen und Arbeit zu schwächen. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde der Washington-Konsens nicht nur zur vorherrschenden Maxime in den entwickelten Industrieländern, sondern auch in den Volkswirtschaften der aufstrebenden Staaten in Asien und Lateinamerika. Gerade als mit dem Ende des Kalten Krieges der Siegeszug der liberalen Demokratie begann, schien es so, als gäbe es auch einen Konsens unter den liberalen Volkswirtschaften.

Heil versprechende Sirengesänge der Populisten

Jetzt bröckelt dieser Konsens. Immer mehr Menschen, besonders in den westlichen Demokratien, haben immer größere Zweifel daran, ob dieses liberale Wirtschaftssystem wirklich fair ist und ihrem Wohlstand dient. Sie erleben massive Einkommensunterschiede. Die Früchte der Globalisierung und der digitalen Revolution

scheinen zum allergrößten Teil nur die Hochgebildeten und Vermögenden zu ernten, während die weniger Gebildeten und vor allem die Industriearbeiter die Kosten eines freieren Welthandels zu tragen haben.

Dieses System hat 2007/2008 eine katastrophale Finanzkrise verursacht, die auch den Euro in eine Krise stürzte, was dann zu einer Sparpolitik, hoher Arbeitslosigkeit und Verarmung vieler Menschen in Europa führte. Die Kassenlage der öffentlichen Haushalte ist angespannt, da global agierende Unternehmen oft dort ihren Sitz haben, wo sie keine oder wenig Steuern zahlen müssen. Diese wirtschaftlichen Verwerfungen führten zu wachsenden sozialen Ängsten, wie die Angst vor immer mehr Zuwanderern, die die vertrauten gesellschaftlichen Strukturen zu sehr und zu schnell verändern könnten. Zusätzlich befeuert durch die Echokammern in den sozialen Medien hat all das eine wachsende Zahl von Minderheiten in die Arme von nationalistischen Populisten getrieben, die mit falschen Versprechungen einfache Lösungen propagieren.

„Wie kann aber nun der Neustart für den Liberalismus aussehen? Vielleicht muss man Parteistrukturen komplett umstülpen, so wie Emmanuel Macron es in Frankreich getan hat. Vielleicht braucht man dafür eine neue Generation von Politikern. Was man aber auf jeden Fall braucht, ist der Wille, neue, große Konzepte zu entwickeln und offen zu diskutieren.“

Wir haben einen Zustand erreicht, der, wie ich fürchte, weitaus bedrohlicher ist, als vielen Liberalen bewusst ist. Um die Wut der Menschen ernst zu nehmen und die Heil versprechenden Sirengesänge der Wirtschaftspopulisten durch attraktivere Alternativen zu entlarven, sollten die Liberalen weniger Zeit darauf verwenden, ihre Kritiker als Idioten und Fanatiker abzutun, und sich stattdessen auf die wirkliche Lösung der Probleme konzentrieren. Obwohl das liberale Wirtschaftsprogramm im Großen und Ganzen bislang sehr erfolgreich war und ist, läuft vieles falsch.

Von den Errungenschaften der Globalisierung profitieren überproportional die höheren Bildungsschichten. Die Finanzkrise hat uns die Gefahren durch einen kaum regulierten Finanzsektor sehr deutlich vor Augen geführt. Chinas merkantilistische Handelspolitik hat zu einer angespannten Situation im Welthandel geführt. Der von Präsident *Trump* angefachte Handelskrieg durch die Verhängung von Strafzöllen gegen China ist nicht die richtige Antwort darauf. Aber er hat auf ein tatsächliches Problem aufmerksam gemacht. Viele Aspekte des derzeitigen Gesellschaftsvertrags sind nicht nachhaltig genug oder passen nicht mehr ins 21. Jahrhundert. Rentensysteme werden aufgrund einer höheren Lebenserwartung der Menschen

und sinkender Geburtenraten unbezahlbar. Die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitsgesetze wurden für eine Arbeitswelt im 20. Jahrhundert konzipiert, in der es vor allem lange und unbefristete Arbeitsverträge gab, und nicht für die Wirtschaftswelt des 21. Jahrhunderts mit vorrangig Kurzzeit- oder gar keinen Verträgen. Unsere Bildungssysteme haben sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts kaum verändert, obwohl sich die Anforderungen an das Fachwissen für wirtschaftlichen Erfolg in unserem Zeitalter von Big Data und Künstlicher Intelligenz erheblich verändert haben. Die Wettbewerbspolitik muss neu überdacht werden angesichts der Vorherrschaft riesiger digitaler Unternehmen. Langfristig betrachtet, und das ist die wohl größte Herausforderung für die liberale Lebensphilosophie überhaupt, müssen wir nachhaltige und schnelle Lösungen im Kampf gegen den Klimawandel finden.

Neustart für den Liberalismus

Kurz gesagt, es gibt viel zu tun! Daher muss sich der Liberalismus gewissermaßen neu erfinden, ähnlich wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Der Reformeifer von 1948, der *Ludwig Erhard* ausgezeichnet hat, muss wiederbelebt werden. Die Liberalen müssen aus ihrer Selbstzufriedenheit aufwachen, die sich in den vergangenen drei Jahrzehnten breit gemacht hat. Sie müssen sich von der Selbstverständlichkeit verabschieden, mit der sie sich im Establishment und als Teil der erfolgreichen Elite eingerichtet haben. Sie müssen gegen angestammte Pfründe vorgehen, auch wenn sie selbst davon betroffen sind. Es gilt, den Reformeifer wieder zu entdecken, für den der Liberalismus einst gestanden hat. In manchen Bereichen kann man dabei von der Vergangenheit lernen: Man sollte sich tatsächlich auf die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Gewährleistung fairen Wettbewerbs konzentrieren, die Teil des Ordoliberalismus sind. Das wäre eventuell ein vernünftiger Ansatz, zum Beispiel zur Sicherung des Dateneigentumsrechts und des Wettbewerbs in der Welt von Big Data und Künstlicher Intelligenz. In anderen Bereichen, wie beim Kampf gegen den Klimawandel, brauchen wir vollkommen neue Herangehensweisen.

Wie kann aber nun der Neustart für den Liberalismus aussehen? Vielleicht muss man Parteistrukturen komplett umstülpen, so wie *Emmanuel Macron* es in Frankreich getan hat. Vielleicht braucht man dafür eine neue Generation von Politikern. Was man aber auf jeden Fall braucht, ist der Wille, neue, große Konzepte zu entwickeln und offen zu diskutieren. Dafür braucht man wiederum viele Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung, vor allem von gut informierten Quellen und in bester und ehrlicher Absicht, damit die Ideen und Konzepte schonungslos debattiert werden können und auf den Prüfstand kommen. *Ludwig Erhard* hatte genau das erkannt. Er war ein Meister der Kommunikation seiner großartigen Gedanken. Der *Economist* schrieb dazu 1958: „Wenn es irgendeine besondere Gabe gibt, die den westdeutschen Wirtschaftsminister von seinen Amtskollegen anderer Länder unterscheidet, dann ist es seine Publizität, seine Fähigkeit, die deutschen Verbraucher zur Verteidigung ihrer Interessen am Diskurs von Wirtschaftsfragen in einer für alle verständlichen Sprache teilhaben zu lassen.“

Genau diese Aufgabe hat auch der Wirtschaftsjournalismus. The Economist hat stets versucht, diesem Anspruch gerecht zu werden. In seinem Gründungsjahr 1843 hat *James Wilson* den Sinn und Zweck der Zeitung erklärt: „Wir wollen uns an dem harten Wettbewerb beteiligen zwischen nach vorn gewandten intelligenten Konzepten und einer unwürdigen, von Angst geprägten Ignoranz, die unserem Fortschritt im Wege steht.“ (... to take part in „a severe contest between intelligence, which presses forward, and an unworthy, timid ignorance obstructing our progress“.). Diese Worte werden jede Woche auf die erste Seite des Economist gedruckt. Sie sind seit 175 Jahren unser Leitmotiv und werden es auch weiterhin bleiben, wenn nun, wie ich hoffe, die Ära der Neuerfindung des Liberalismus beginnt. Herzlichen Dank! ■

■ Ansprache des Preisträgers

Dr. Peter Rásonyi

Leiter der Auslandsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ)



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich ganz herzlich für das Privileg, hier auf diesem Podium zu stehen, zu Ihnen zu sprechen und diesen wunderbaren und beeindruckenden Preis entgegenzunehmen. Ich hatte bisher noch nie an die Möglichkeit gedacht, den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik zu erhalten, und das freut mich jetzt ganz besonders. Es freut mich auch besonders im Namen der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ), denn ich habe fast mein ganzes Berufsleben für diese Zeitung gearbeitet.

Die NZZ hat Deutschland immer sehr nahegestanden, hat sich immer sehr intensiv mit Deutschland beschäftigt. Unsere Korrespondenten – früher in Bonn, heute in Berlin, Frankfurt und München – sind immer als Stimmen wahrgenommen worden, die sich gründlich, wohlwollend und mit großer persönlicher Leidenschaft für die liberale Sache mit Deutschland auseinandergesetzt haben. Schon die Gründerväter 1780 – als Teil des Zürcher Bürgertums die wichtigsten Träger der Spätaufklärung in der Schweiz – standen damals in einem sehr intensiven Diskurs mit gleichgesinnten Aufklärern in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Das ist also eine sehr lange Tradition, in der wir uns als Teil des europäischen und internationalen Diskurses der Aufklärung und des Liberalismus sehen.

Seit gut einem Jahr haben wir unser Korrespondentenbüro in Berlin stark ausgebaut. Wir werfen unseren „anderen Blick“ – „Der andere Blick“, so heißt ein neuer Newsletter, den wir auch in Deutschland verteilen – sehr gezielt auf Deutschland, und aktuell in einer Intensität, wie wir es noch nie gemacht haben – und es macht uns sehr viel Spaß.

Großartige Lebensleistung Ludwig Erhards

Natürlich war die NZZ auch schon in den Fünfziger- und Sechzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts sehr nah an der politischen Entwicklung in Deutschland, und besonders mit *Ludwig Erhard* schien sie geradezu eine Seelenverwandtschaft der liberalen Geister zu pflegen. So war etwa zum sechzigsten Geburtstag des damaligen Bundeswirtschaftsministers am 4. Februar 1957 in der NZZ zu lesen: „Seine große Leistung besteht darin, dass er in einer Situation, in der selbst Liberale am Liberalismus zu zweifeln begannen, den unumstößlichen Beweis erbracht hat, dass die Marktwirtschaft Energien weckt, die die Zentralverwaltungswirtschaft mit den drakonischsten Mitteln nicht zu mobilisieren vermag.“ – Damals hat man sich noch getraut, sehr lange Schachtelsätze in die Zeitung zu schreiben. – Weiter unten lobt die NZZ das freundschaftliche Verhältnis *Ludwig Erhards* zur Schweiz. Unter seiner Führung befänden sich die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik im Einklang mit den Interessen der Schweiz. Weil, so betonte die NZZ damals, „sich beide Länder in ihren Außenhandelsbeziehungen von echten liberalen Gesichtspunkten leiten lassen“.

„Dennoch müssen wir uns eingestehen, dass die Ordnungspolitik heute generell einen schweren Stand hat. Innerhalb der von den angelsächsischen Universitäten dominierten Wirtschaftswissenschaften fristet sie eher eine Randexistenz. Unter vielen Wirtschaftsjournalisten gilt sie als altmodisch, überholt, ideologisch oder schlicht hinderlich. Für Politiker sind ordnungspolitische Grundsätze ohnehin nur unbequem, da sie ihren Handlungsspielraum einschränken.“

Das war eine Gemeinsamkeit, die man damals sehr gut pflegen konnte. Ich selbst war auch einmal einer dieser Berliner Korrespondenten der NZZ und habe damals versucht, den Wirtschafts- und Sozialreformen der Agenda 2010 von *Gerhard Schröder* jene Anerkennung zukommen zu lassen, die sie von deutschen Medien häufig nicht so richtig oder nur sehr sparsam erhalten hatte. Während der nun schon über 20 Jahre, die ich als Journalist für die NZZ tätig bin, habe ich stets einfach nur die Welt beobachtet, über sie nachgedacht und das geschrieben, was

ich für richtig gehalten habe. Dass der Jury der Ludwig-Erhard-Stiftung dies aufgefallen ist und sie meine Arbeit offenbar passend zum Sinn des Stiftungsnamens erachtet hat, freut mich besonders.

Mir ging es bei meinem Tun immer primär um die Freiheit der Menschen, um fairen Wettbewerb und um Wohlstand für alle. Dabei hatte ich ehrlich gesagt die Schriften *Erhards* noch gar nicht gründlich gelesen. Ich habe dies aber mittlerweile nachgeholt. Und wenn ich Sätze von *Erhard* wie folgende lese, so spricht er mir voll und ganz aus dem Herzen: „Das erfolgreichste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstands ist der Wettbewerb. Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Haltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen.“ Freiheit, Wettbewerb, Wohlstand für alle – diese Themen haben *Ludwig Erhard* nicht nur beschäftigt, so wie einen kritischen Schreiber heutzutage vor seinem Computer. *Erhard* hat dies auch kraft seines Amtes und seiner starken Persönlichkeit in die Realität umzusetzen vermocht. Er hat damit das Wohlergehen von Millionen Menschen gefördert, bis heute. Was ist das für eine großartige Lebensleistung!

Schwerer Stand für die Ordnungspolitik

Wettbewerb ist das beste Mittel für Wachstum und Wohlergehen. Wettbewerb bedarf allerdings der Voraussetzung eines freiheitlichen Ordnungsrahmens, der ihn schützt und allen potenziellen Teilnehmern zu möglichst gleichen und fairen Bedingungen zugänglich ist. Das sind die ordnungspolitischen Grundsätze, die *Ludwig Erhard* seinerzeit angetrieben haben. Und das sind die Überzeugungen, die mich und gewiss viele von Ihnen heute in diesem Raum auch immer noch überzeugen.

„ Die Rettung des Managers vor den Folgen seines eigenen Tuns durch den Staat ist in einer liberalen Marktwirtschaft mit guten Gründen nicht vorgesehen. Denn, wenn dies systematisch praktiziert wird, dann werden kluge Manager zynisch kalkulierend erst recht hohe Risiken eingehen. Wenn es gut läuft, kassieren sie den Gewinn – wenn es schiefgeht, werden die Kosten auf die Gesellschaft überwält. “

Dennoch müssen wir uns eingestehen, dass die Ordnungspolitik heute generell einen schweren Stand hat. Innerhalb der von den angelsächsischen Universitäten dominierten Wirtschaftswissenschaften fristet sie eher eine Randexistenz. Unter vielen Wirtschaftsjournalisten gilt sie als altmodisch, überholt, ideologisch oder schlicht hinderlich. Für Politiker sind ordnungspolitische Grundsätze ohnehin nur unbequem, da sie ihren Handlungsspielraum einschränken. „It’s the economy,

stupid!“, hatte einst der amerikanische Präsident *Bill Clinton* zu seinem politischen Wahlspruch gemacht. Und tatsächlich: *Clinton* vermochte in den Neunzigerjahren über eine ungewöhnlich lange Prosperitätsphase in Amerika zu präsidieren. Diese hatte ihn politisch über zwei Wahlperioden und über so manchen persönlichen Sturm hinweg getragen.

Doch so sicher ist diese Devise heute, zehn Jahre nach dem Ausbruch der globalen Finanzkrise, mit all ihren problematischen Nebenwirkungen nicht mehr. 2016 kam es in den USA zum Wechsel von einem demokratischen zu einem republikanischen Präsidenten, obschon die amerikanische Wirtschaft in den vergangenen sieben Jahren unter Präsident *Barack Obama* mit Raten zwischen 1,6 und 2,5 Prozent kräftig und stetig gewachsen war. 2018, im zweiten Jahr der Präsidentschaft von *Donald Trump*, liegen dessen Popularitätswerte auf rekordtiefem Niveau, obschon sich das Wachstum auf eine Rate von 2,9 Prozent beschleunigt hat. Das Wirtschaftswachstum ist offensichtlich nicht mehr unbedingt das entscheidende Kriterium für Erfolg von Politikern bei den Wählern.

Pragmatische Retter versus ordnungspolitische Mahner

Was ist geschehen? Erinnern wir uns an die Jahre 2008 und 2009, also an den Höhepunkt der Finanzkrise, als die Regierungen in den USA und in Großbritannien, später auch in Deutschland, der Schweiz und in anderen Ländern dazu übergingen, ihre großen Banken mit staatlichen Krediten und Kreditgarantien in ungeahnter Höhe vor einer Insolvenzkrise und dem möglichen Zusammenbruch zu bewahren. Eine Zeitlang tobte damals noch die öffentliche Debatte zwischen den pragmatischen Rettern und den ordnungspolitischen Mahnern. Letztere warnten vor den gefährlichen langfristigen Anreizwirkungen, die solche staatlichen Rettungsaktionen bewirken würden. Die Rettung des Managers vor den Folgen seines eigenen Tuns durch den Staat ist in einer liberalen Marktwirtschaft mit guten Gründen nicht vorgesehen. Denn, wenn dies systematisch praktiziert wird, dann werden kluge Manager zynisch kalkulierend erst recht hohe Risiken eingehen. Wenn es gut läuft, kassieren sie den Gewinn – wenn es schiefgeht, werden die Kosten auf die Gesellschaft überwältigt.

Diese plausible Theorie des „moral hazard“ ist in der Ökonomie seit Jahrzehnten etabliert. Sie wurde aber während der Finanzkrise von den politischen Entscheidern energisch beiseite gewischt. Nach Lehman Brothers ging kein großer Finanzkonzern mehr unter. Kein Bankmanager musste strafrechtliche Konsequenzen für eine verantwortungslose Geschäftspolitik tragen, und auch heute billigen die meisten Ökonomen und Experten in ihren Rückblicken die damaligen Entscheidungen der Aufsichtsorgane. Die bedingungslose Rettung der Banken war richtig und alternativlos, ist heute zumeist zu lesen. Weitere Bankzusammenbrüche hätten der Weltwirtschaft unerträglich schweren Schaden zugefügt. Der Kollaps von Lehman Brothers, das Mahnmal der Finanzkrise, wird heute im Rückblick von den meisten Analytikern als schwerer Fehler bezeichnet – selbst von solchen, die

damals noch die Theorie des moral hazard oder der Ordnungspolitik vertreten und schwere Kritik geübt hatten.

„ Die gewachsene Verunsicherung und Skepsis gegenüber den politischen Eliten folgen nicht nur aus der Finanzkrise. Auch die Folgen der Globalisierung, des rasanten technologischen Wandels und der von beiden begünstigten starken Migration hat für viele Menschen Ängste gefördert. Sie befürchten, dass ihnen die wirtschaftlichen Chancen abhandkommen, dass sie von der wachsenden Konkurrenz der Einwanderer bedrängt werden, dass sie auf der Verliererseite des rasanten Wandels stehen werden.“

Lassen Sie mich nur ein Beispiel zitieren. So schrieb der von mir sehr geschätzte Kolumnist *John Gapper* am 12. September 2018 in der *Financial Times* ein regelrechtes Bekenntnis unter dem Titel „Mein naiver Anteil am Sturz von Lehman“. Damals habe er, *Gapper*, dem amerikanischen Finanzminister kurz vor dem Lehman-Zusammenbruch in seiner Kolumne in der *Financial Times* geraten, einen Tag frei zu nehmen und seinem Hobby des Vogelbeobachtens nachzugehen, anstatt im Büro zu sitzen und Lehman Brothers zu retten. Heute müsse er aber zu seinem großen Bedauern eingestehen, dass er damals der Theorie des moral hazard gefolgt war und damit falsch gelegen sei. Er habe den Ernst der Lage unterschätzt.

Tiefer Vertrauensverlust in die Politik

Dasselbe Muster ordnungspolitisch sträflicher Rettungsaktionen folgte in den Jahren nach Lehman mit der Eurokrise. Auch hier wurden die von großen europäischen Banken verantwortungslos und durchaus spekulativ gehorteten Staatsanleihen hochverschuldeter südeuropäischer Länder durch europäische Staaten sowie die EZB garantiert oder übernommen. Die Verluste privater Anleger wurden minimiert, Risiken und Kosten in atemberaubenden Dimensionen auf die Steuerzahler überwältigt. Auch hier galt damals und gilt heute der Leitspruch, die Rettungsaktionen seien alternativlos gewesen, um noch Schlimmeres von der Gesellschaft abzuwenden. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, lautete die simple Erklärung von Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, und Letzteres wollte und will natürlich niemand.

Man kann diese apologetische Haltung teilen. Der Großteil der Journalisten, Ökonomen und Experten tut es heute – wobei ich selbst nicht umhinkomme, für mich eine ordnungspolitisch begründete Skepsis zu bewahren. Klar ist allerdings in den letzten Jahren auch geworden, dass breite Kreise der Bevölkerung in den USA und in Europa diese Expertensicht nicht teilen. Im Wahlkampf um die amerikanische

Präsidentschaft vor zwei Jahren wurde *Hillary Clinton* ihre Nähe zur Wall Street als Beleg für die Abhängigkeit von einer moralisch korrupten Finanzelite vorgeworfen – einer Elite, der das Schicksal des normalen Bürgers egal sei. Ausgerechnet dem New Yorker Immobilienmogul und Milliardär gelang es, sich als unverbrauchte und unabhängige Alternative zu diesem angeblich so diskreditierten Establishment anzubieten. Inzwischen zieht mit denselben Slogans *Steve Bannon*, der damalige Berater *Trumps*, durch Europa und berät populistische Parteien und Politiker.

Die gewachsene Verunsicherung und Skepsis gegenüber den politischen Eliten folgen nicht nur aus der Finanzkrise. Auch die Folgen der Globalisierung, des rasanten technologischen Wandels und der von beiden begünstigten starken Migration hat für viele Menschen Ängste gefördert. Sie befürchten, dass ihnen die wirtschaftlichen Chancen abhandenkommen, dass sie von der wachsenden Konkurrenz der Einwanderer bedrängt werden, dass sie auf der Verliererseite des rasanten Wandels stehen werden. Wesentlich zu diesen oft diffusen Ängsten beigetragen hat das durch die Finanzkrise für viele verletzte Gefühl von Fairness, Verlässlichkeit und Kontrollverlust. Auf diesem fruchtbaren Boden wurde die Sensation von *Trumps* Wahl möglich.

Ähnliches spielt sich in Europa ab. Die Engländer haben sich im Juni 2016 trotz aller massiven wirtschaftlichen Risiken und Warnungen mit knapper Mehrheit für den Austritt aus der EU entschieden. Das Parteiensystem in Frankreich ist 2017 kollabiert. Italien wird heute von Populisten und Rechtsextremen regiert. Und in Deutschland ist vor einem Jahr die AfD in den Bundestag eingezogen – trotz jahrelanger Hochkonjunktur und rekordhoher Beschäftigung. All diese politischen Sensationen folgen nicht einfach aus mangelndem Wirtschaftswachstum oder hoher Arbeitslosigkeit. Sie folgen aus einem tiefen Vertrauensverlust in die Politik.

Die von einigen als einzigartiger Kontrollverlust wahrgenommene Offenhaltung der Grenzen für Migranten in Deutschland im Sommer 2015 hat die Verunsicherung nur noch verstärkt. Dies wurde und wird von rechten Parteien und Politikern geschickt genutzt. Sie versprechen Sicherheit und Geborgenheit für all das Unheil, das angeblich von außen kommt, durch einen Rückbezug auf das Nationale, Abschottung und Alleingänge. „America first“ lautet der Slogan von *Trump*, „winning back control“ versprechen die Verfechter eines harten Brexits in England.

Das Zusammenwachsen einer Wertegemeinschaft braucht Zeit

Was ist zu tun, um der grassierenden Verunsicherung und dem Vertrauensverlust beizukommen? Antworten fallen nicht leicht. Mit Sicherheit gibt es keine einfachen und schnell wirkenden Rezepte. Eine kräftige Konjunkturspritze wird es aber ganz bestimmt nicht richten, denkt man an Deutschland oder die USA mit ihren boomenden Volkswirtschaften. Eine in Europa weit verbreitete Sichtweise ist, die Mängel im Finanzsystem, welche die Finanz- und die Eurokrise aufgedeckt haben, durch eine Welle neuer Regulierungen und Zentralisierungen innerhalb Europas

zu beseitigen. Die Bankenunion soll vollendet, die europäische Einlagensicherung zwecks europaweiter Umverteilung von Bankenrisiken beschlossen werden. Dazu sollen gleich auch noch gemeinsame Kompetenzen in der Steuerpolitik, ein gemeinsamer EU-Haushalt und ein EU-Finanzminister kommen, wie es *Emmanuel Macron* fordert. Erst wenn die Risiken einer wieder aufflammenden Banken- und Schuldenkrise in Südeuropa durch eine gründlich institutionalisierte europäische Transferunion eingedämmt sind, so diese Theorie, könnten die Bürger wieder ruhig schlafen und Vertrauen in die Politik zurückgewinnen.

„Vielleicht könnte die gute alte Ordnungspolitik einen Hinweis auf alternative Lösungswege geben: Freiheit, Selbstverantwortung, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsregeln – Werte, die für alle gelten, die den meisten Europäern vertraut sind. Sie folgen dem common sense der Bürger und lassen sich deshalb vergleichsweise leicht auf das Gemeinwesen übertragen.“

Aber ist das plausibel? Haben manche Bürger nicht eher Vertrauen in die Politik verloren, weil sie befürchten, dass solche angeblich unpolitischen rein technischen und alternativlosen, in ihrer Komplexität komplett undurchsichtigen Konstrukte zu irreversiblen wirtschaftlichen Entwicklungen in Europa führen? Zu Entwicklungen, die nie offen dargelegt und zu denen die Bürger nie um ihre Zustimmung gefragt wurden? Befürchten die Bürger nicht zu Recht einen Kontrollverlust ihrer nationalen demokratischen Institutionen, deren Folgen sie nicht abschätzen können?

Auch auf gesellschaftlicher Ebene stößt die Vision einer immer engeren Union, wie sie noch in der Präambel des Maastricht-Vertrags steht, zusehends an Grenzen. In Ost- und Mitteleuropa fühlen sich immer mehr Menschen von den Anforderungen einer im Westen definierten europäischen Wertegemeinschaft überfordert oder gar kolonisiert. Das Zusammenwachsen dieser Wertegemeinschaft braucht einfach Zeit. Wenn diese den jüngeren Mitgliedsländern nicht gewährt wird, gibt es politische Gegenreaktionen, von denen wiederum Populisten profitieren, wie dies in mehreren Staaten zu beobachten ist. Mehr zentrale Steuerung in Europa ist kaum ein Erfolg versprechender Lösungsansatz für das Problem schwindenden Vertrauens. Die Widerstände vieler Mitgliedstaaten sind einfach zu groß.

Im Koalitionsvertrag ist nichts von Ludwig Erhard zu finden

Vielleicht könnte die gute alte Ordnungspolitik einen Hinweis auf alternative Lösungswege geben: Freiheit, Selbstverantwortung, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsregeln – Werte, die für alle gelten, die den meisten Europäern

vertraut sind. Sie folgen dem common sense der Bürger und lassen sich deshalb vergleichsweise leicht auf das Gemeinwesen übertragen. Genau solche Werte hat *Ludwig Erhard* seinerzeit propagiert. Der Schutz des freien Wettbewerbs, ein Ausgabenstopp des Staates, Steuersenkungen, das Prinzip der Selbstversorgung in der Sozialpolitik, die Warnung vor einer zu weit gehenden Harmonisierung sozialer Regeln im europäischen Markt – das alles findet sich in den Schriften *Ludwig Erhards* und in der Politik, die er damals vertreten hat.

Wie handelt die gegenwärtige Bundesregierung? Ich möchte hier nicht in die Tiefe gehen, ich nenne nur ein paar Stichworte. In ihrem Koalitionsvertrag versprechen die Regierungsparteien mehr Geld für die wirtschaftliche Stabilität und die soziale Konvergenz in der Eurozone. Unter dem Begriff der Strukturreform wird eine weitere Verflechtung der finanziellen Risiken in Europa verfolgt. Mehr Geld soll es auch für Familien geben, Eigenheimkäufer, Rentner, und viele andere mehr. Steuerliche Entlastungen sind – trotz sprudelnder Steuereinnahmen einer im internationalen Vergleich extrem hohen Belastung der Arbeitseinkommen – höchstens marginal vorgesehen.

Von *Ludwig Erhard* ist in diesem Regierungsprogramm kaum etwas zu finden. Dass ein Ruck durch die Gesellschaft gehen könnte, erwartet niemand. Einfache Auswege und Rezepte zum überall blühenden Vertrauensverlust und Populismus in der Politik gibt es wirklich nicht. Einige Hinweise auf mögliche Quellen neuer Zuversicht und Orientierung könnte auch eine Rückbesinnung auf die liberalen Grundsätze bringen, die das deutsche Wirtschaftswunder geprägt hatten und die seither ein wenig in Vergessenheit geraten sind. Ein Blick in die Schriften und Reden *Ludwig Erhards* wäre ein guter Start. – Ich danke Ihnen! ■

■ Schlusswort

Roland Tichy

Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung



Lieber Herr *Rásonyi*, liebe Frau *Beddoes*, ich danke Ihnen sehr. Am Anfang war diese Veranstaltung ja ein bisschen, naja fast depressiv. Ich meine, *Ludwig Erhard* hat mit dieser Regierung nicht viel zu tun. Was Sie getan haben, ist, das Fenster aufzumachen, frische Luft hereinzulassen, frische Ideen, die zwar zum Teil Rückbesinnung sind, die aber nach vorne weisen.

Die Analyse, dass der Vertrauensverlust, dass das Gefühl des Kontrollverlustes nicht dadurch ausgeglichen werden kann, dass sich der Staat um Arzttermine kümmert. Besonderen Dank für den Hinweis, dass *Ludwig Erhard* ja seinerzeit über die Publizistik gewirkt hat. Das waren ja weniger direkte Maßnahmen – jedenfalls in seiner Zeit als Wirtschaftsminister –, die er ergreifen konnte, sondern seine Kraft der Überzeugung.

Wenn irgendein Problem auftaucht, ist garantiert der letzte Satz in fast jedem Kommentar – außer Frau *Göbel* oder Frau *Siems* schreiben ihn –: Jetzt muss der Staat eingreifen! Die Stiftung vergibt diesen Preis im Namen unseres Stiftungsgründers *Ludwig Erhard*, um genau dem entgegenzuwirken. Dass Sie uns dabei helfen und dass Sie uns mit so viel Optimismus ausstatten, dafür danke ich Ihnen.

„Leider ist es ja in Deutschland so, dass die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft, des Wettbewerbs und der Freiheit verschwunden sind und dass jedes Staatshandeln à priori bewundert und gefordert wird.“

Den Förderpreisträgern wünsche ich, dass sie sich – stärker noch als bisher in den Redaktionen üblich – wieder zu Promotoren von Freiheit und Wohlstand entwickeln.

Ihnen allen vielen Dank fürs Kommen und Zuhören. Ich finde, es war eine spannende und intellektuell anregende Veranstaltung. Ich danke Ihnen im Namen der Ludwig-Erhard-Stiftung für Ihr Interesse, für Ihre Teilnahme, für die wunderbaren Reden, kurz: vielen Dank. ■

■ Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik

Die von Ludwig Erhard begründete Soziale Marktwirtschaft verlangt Öffentlichkeit und Akzeptanz. Ihr Bestand hängt nicht nur von politischen Entscheidungen ab: Nur solange die Bürger diese Wirtschaftsordnung als wesentlichen Teil ihrer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsverfassung begreifen, wird die Idee der Sozialen Marktwirtschaft lebendig bleiben.

Um in diesem Sinne Information und Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft zu fördern, verleiht die Stiftung den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik sowie den Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik.

Preisträger seit 2001

- 2001: Prof. Dr. Gerhard Fels
Nikolaus Piper
- 2002: Prof. Dr. Norbert Berthold
Dr. Wolfgang Kaden
- 2003: Günter Ederer
Prof. Dr.-Ing. E.h. Hans-Olaf Henkel
- 2004: Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Dr. Wulf D. von Lucius
- 2005: Prof. Dr. Harold James
Dirk Maxeiner/Michael Miersch
- 2006: Heike Göbel
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing
- 2007: Dr. Otto Graf Lambsdorff
Dr. Ursula Weidenfeld
- 2008: Thomas Schmid
Roland Tichy
- 2009: Dr. Rainer Hank
Dr. h.c. Martin Wolf

- 2010: Dr. Karen I. Horn
Roger Köppel
- 2011: Dr. Werner Mussler
Dr. Dorothea Siems
- 2012: Dr. Josef Joffe
Dr. Jens Weidmann
- 2013: Prof. Dr. Niall Ferguson
Prof. Dr. Dres. h.c. Hans-Werner Sinn
- 2014: Wolfgang Clement
Prof. Dr. Werner Plumpe
- 2015: Claus Döring
Dr. Nicola Leibinger-Kammüller
- 2016: Gerhard Schröder
Holger Steltzner
- 2017: Dr. Marc Beise
Prof. Dr. Renate Köcher
- 2018: Zanny Minton Beddoes
Dr. Peter Rásonyi

Förderpreisträger seit 2001

- 2001: Bettina Bonde
Olaf Gersemann
Dr. Bertram Wiest
- 2002: Margaret Heckel
Silke Wettach
- 2003: Michael Bauchmüller
Dietrich Creutzburg
Marc Brost/Marcus Rohwetter
- 2004: Gerrit Rudolph
Henning Sußebach
Lorenz Wagner
- 2005: Johannes Eber
Lisa Nienhaus
Christian Rickens
- 2006: Mathias Irle
Sonja Kolonko
Jürgen Webermann
- 2007: Juliane Fliegenschmidt/Julia Friedrichs/Eva Müller
Philipp Krohn
Daniel Schäfer
- 2008: Bastian Obermayer
Roman Pletter
- 2009: Sebastian Jost
Dr. Philip Plickert
- 2010: Antonia Götsch
Jens Tönnemann
Frank Wörner
- 2011: Nils aus dem Moore
Sven Prange
Anne Ruprecht/Jasmin Klofta

- 2012: Marlene Halser
Tina Kaiser
Wobbeke Klare
- 2013: Christoph Grabitz
Barbara Kühn
Annina Reimann
- 2014: Patrick Bernau
Andrea Rexer
Christian Salewski
- 2015: Martin Mehringer
Kathrin Werner
- 2016: Prof. Dr. Philipp Bagus
Massimo Bognanni/Simon Book
Florian Meyer-Hawranek
- 2017: Jan Grossarth
Prof. Dr. David Stadelmann
Dr. Katharina Derlin/Sabine Gurol/Lisa Malecha
Nils Oehlschläger/Isabell Rollenhagen/Linda Tonn
- 2018: Patricius Mayer
Daniel Sprenger
Christian Wermke

■ Die Ludwig-Erhard-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung wurde 1967 von *Ludwig Erhard* in Bonn gegründet. Sie ist von Parteien und Verbänden unabhängig.

Die Stiftung hat satzungsgemäß die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Wirtschaft und Gesellschaft durch staatsbürgerliche Bildungsarbeit sowie durch wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Ordnungspolitik zu fördern. Ihre Arbeit dient der Fortentwicklung und Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Stiftung führt Seminare, Symposien und andere Veranstaltungen mit unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen durch und veröffentlicht Informationen zur Sozialen Marktwirtschaft.

Wie jede wissenschaftliche und politische Institution lebt auch die Ludwig-Erhard-Stiftung von der Resonanz ihres Tuns in der Öffentlichkeit, von Zustimmung und Kritik gleichermaßen. Sie benötigt dazu aber auch die tatkräftige und finanzielle Hilfe derer, die sich *Ludwig Erhard*, seinen Ideen und seinem Werk verbunden fühlen und dazu beitragen möchten, dass Freiheit und Verantwortung des Einzelnen weiterhin bestimmende Elemente unserer Existenz bleiben.

Unterstützen Sie die Ludwig-Erhard-Stiftung durch eine
Spende oder Ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis!

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.
Der **QR-Code** führt Sie zu unserem Internetauftritt.



■ Kontakt

Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn

Telefon 02 28/5 39 88-0
Telefax 02 28/5 39 88-49

info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de

■ Spenden

Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE52 3705 0198 0019 0015 85
BIC: COLSDE33

Die Arbeit der Ludwig-Erhard-Stiftung
wird durch die Heinz Nixdorf Stiftung
gefördert.

 **Heinz Nixdorf Stiftung**



Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn
Telefon 02 28 / 5 39 88-0
Telefax 02 28 / 5 39 88-49
info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard-stiftung.de